

HOCHSCHUL-DIENST



INFORMATIONEN AUS DEM WISSENSCHAFTLICHEN LEBEN

Herausgegeben von Dr. Josef Raabe in Zusammenarbeit mit der Westdeutschen Rektorenkonferenz, dem Deutschen Akademischen Austauschdienst und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft

JAHRGANG XVII — NR. 17/18

Bonn, 23. September 1964

AUSGABE A

Die III. Europäische Rektorenkonferenz

„Es gibt eine Realität der europäischen Universität und eine eigenständige Verantwortung für ein Erbe, das die Universitäten über die staats- und politischen Gruppierungsgrenzen ihrer Länder hinaus wahrzunehmen haben“. Diese Worte aus der feierlichen Eröffnungssitzung der dritten Generalversammlung der Ständigen Konferenz der Rektoren und Vizekanzler der europäischen Universitäten von dem Tagungspräsidenten, dem Göttinger Theologen und Rektor Prof. Dr. Walther Zimmerli, umschreiben in einer knappen Formel die Bedeutung des akademischen „Gipfel“treffens in Göttingen, bei dem sich fast 200 Rektoren wissenschaftlicher Hochschulen aus West- und Osteuropa vom 2. bis zum 8. September versammelten. Drei wichtige Ereignisse in der Geschichte der europäischen Hochschulen sind davon festzuhalten:

● Die Rektoren von 145 Universitäten und Hochschulen unterzeichneten die Verfassung der Ständigen Konferenz der Rektoren und Vizekanzler, die künftig als ein institutioneller Zusammenschluß der Rektoren und bewußt als eine Organisation im staatsfreien Raum einen Erfahrungsaustausch ermöglichen soll. Zugleich will die Ständige Konferenz Regierungen, staatliche, zwischenstaatliche und überstaatliche Behörden in allen Fragen der Hochschulen beraten. Der Beschluß der zweiten Konferenz in Dijon 1959, die Rektorenkonferenz zu einer ständigen Einrichtung umzuformen, wurde in Göttingen verwirklicht.

● In den Beratungen der Göttinger Konferenz, die unter dem Generalthema „Die maximale und optimale Größe der Universität“ stand, in den Berichten der Experten und in den Berichten der Rektoren wurde deutlich, daß die Universitäten Europas selbstbewußt und kritisch zugleich geworden sind. Nirgendwo kam dies deutlicher zum Ausdruck als in dem Bericht, den der Präsident des Wissenschaftsrates, Prof. Dr. Ludwig Raiser, im Auftrage einer Expertenkommission über die Einheit der Universität gab und dabei die Situation der Hochschule mit diesen Worten kennzeichnete: „In dieser Lage kommt es darauf an, daß die Universität elastisch genug ist, sich den neuen Anforderungen in der Forschung und in der Lehre anzupassen, aber auch selbstbewußt genug, um in dem Wandel der Arbeitsweisen und Organisationsformen ihren eigentümlichen, in einer langen Tradition ausgebildeten Charakter zu bewahren. Sie muß ihre Pforten einer großen Zahl von jungen Menschen öffnen, aber sie darf sich nicht damit begnügen, sie nur zu bestimmten Fertigkeiten auszubilden, ohne Geist und Charakter zu formen. Sie muß ständig bereit sein, in ihren Institutionen neuen Forschungsrichtungen Raum zu geben, aber sie muß zugleich darauf achten, daß dadurch die Einheit des Ganzen nicht gesprengt wird und die Lehraufgabe trotzdem zu ihrem Recht kommt. Sie darf nicht müde werden, in dem Prozeß der Integration von Personen und immer neuen Arbeitszielen, muß vielmehr diesen Prozeß so lenken, daß er ihre Substanz nicht verzehrt, sondern erneuert.“

Mit anderen Worten: Die europäischen Universitäten sollen und wollen Universitäten bleiben. In Göttingen wurde sichtbar, daß die Universitäten auch unter dem Druck wachsender Studentenmassen, einer Lawine nüchternen Wünsche nach Berufsausbildung und der zunehmenden Spezialisierung der Forschung entschlossen sind, sich nicht von einer Entwicklung zur höheren Fachschule überrollen zu lassen. Die Einheit und Freiheit von Forschung und Lehre, die Autonomie und Selbstverwaltung der Univer-

sitäten gehören nach Auffassung der Göttinger Konferenz zu den unverzichtbaren Grundlagen der europäischen Universitäten und Hochschulen. Sie sind trotz mannigfaltiger Verschiedenheit ein gemeinsamer Besitz.

● Das Gespräch mit Rektoren osteuropäischer Hochschulen, das die Universitäten Westeuropas in Göttingen begannen, ist das dritte wichtige Ereignis der Konferenz. 15 osteuropäische Universitäten hatten ihre Rektoren als akademische Beobachter nach Göttingen entsandt. Der Rektor der Humboldt-Universität in Ost-Berlin sowie die Rektoren der Universitäten Greifswald, Halle-Wittenberg, Jena, Leipzig, Rostock, der TH Dresden und der Bergakademie Freiberg waren nach Göttingen gekommen. Aus den übrigen Staaten Osteuropas waren die Rektoren der Universitäten Belgrad, Agram, Laibach, Brünn, Krakau, Prag, Warschau und Jassy vertreten.

Bis zur letzten Minute war in Göttingen auf die Rektoren der sowjetischen Universitäten Moskau und Leningrad gewartet worden. Eine formelle Absage war nicht eingetroffen. Erst nach Eröffnung der Konferenz erklärte ein in Göttingen studierender sowjetischer Austauschstudent im Auftrage der sowjetischen Botschaft in Bonn, die beiden Rektoren hätten einmal wegen Krankheit und im anderen Fall wegen neuer Aufgaben nicht nach Göttingen reisen können. Der Präsident der Konferenz, der französische Professor Bouchard/Dijon, sprach jedoch vor Journalisten die Vermutung aus, daß die sowjetischen Rektoren sich nicht mit dem Status akademischer Beobachter hätten zufrieden geben wollen.

Das in Göttingen begonnene Gespräch zwischen West und Ost soll, wie der neue Präsident der Konferenz, Prof. Dr. Courvoisier, zum Schluß der Konferenz betonte, auch in Zukunft fortgesetzt werden.

Festliche Eröffnung

Ein feierlicher Zug führte die 200 Rektoren von dem ältesten Universitätsgebäude Göttingens, vorbei an der klassizistischen Aula zur neuen Göttinger Stadthalle. An seiner Spitze schritten Rektor und Senat der Universität Göttingen, dann folgten in den traditionellen Talaren ihrer Hochschulen die Rektoren; ihr Platz im Festzug bestimmte sich nach dem Gründungsalter ihrer Universitäten. Der Rektor von Bologna führte den Zug an, den Schluß bildete der Gründungsrektor der Medizinischen Akademie Hannover, von der bisher nur Pläne bestehen.

In seiner Begrüßungsansprache umriß der Göttinger Rektor und Tagungspräsident Prof. Zimmerli den Auftrag der europäischen Universitäten. Die Universität lebe in der spannungsvollen Doppelverpflichtung für Forschung und Lehre. So verschieden auch ihr jeweiliges geschicht-

INHALT

Fachhochschule Chemnitz — Modell einer mitteldeutschen Hochschulreform?	5
Von der Deutschen Forschungsgemeinschaft	6
Aus der Arbeit des Deutschen Akademischen Austauschdienstes	7
Jahresbericht 1963 der Stiftung Volkswagenwerk	8
Katholikentag im Zeichen der Bildungsfragen	9
Kurz berichtet	10

liches Erbe sei und so verschieden intensiv sie ihren Forschungsauftrag betreiben möge, sie wisse sich dem Fragen, dem Suchen nach neuer Erkenntnis und vollerer Wahrheit verpflichtet. Die Universität gedeihe nur im Raum der Freiheit, wie auch ihr Streben nach Wahrheit nur gedeihe, wenn sie fähig sei, sich neu aufgetauchter Wahrheit zu stellen. Ebenso gedeihe echte Forschung nur im Raum reiner Sachlichkeit. In dem Offenbleiben für das Fragen glaube die Universität ein unaufgebbares Element menschlicher Wesensart hochzuhalten. Mit der akademischen Lehre, so sagte Zimmerli, meine die Universität jedoch mehr als die allgemeine Mitteilung erkannter Wahrheit: „Sie meint die sehr konkrete Verantwortung in der Ausrichtung auf den jungen Menschen, den Studenten. Ihm ist die Universität in ihrem Tun verpflichtet.“ In der Spannung zwischen der Forschung und der Lehre lebe der Hochschullehrer: „Die Spannung zwischen der hohen Verantwortung für die Sache der forschenden Erkenntnis und der nicht minder vollen Verantwortung für die Person des Studenten seien in dem Amt des akademischen Lehrers vereinigt.

„Die Universität wird lebendig bleiben, wenn sie diese Spannung erträgt und sich gegen die Gefahren, die zur Linken wie zur Rechten drohen, wehrt. Da ist zur einen Seite die Gefahr, der Süßigkeit des Forschens nachzugeben und darob den Studenten und den konkreten Auftrag der Lehre, der sinnvollen Unterweisung, die den der Universität anvertrauten Menschen wirklich trifft, gering zu achten. Es ist aber das Ende der Universität — und darf man nicht in einem tieferen Sinne darüber hinaus sagen: das Ende der Wissenschaft überhaupt? —, wenn sie sich von der Verantwortung für den Menschen löst. Auf der anderen Seite aber steht die Gefahr der Verschulung.“ Zimmerli schloß seine Eröffnungsrede mit den Worten: „Wenn unsere Beratungen unter dem leidenschaftlichen Willen stehen, den ureigensten Anliegen der Universität zu dienen, den eigenen Weg der Universität in der Forschung, die offen ist für neue Erkenntnis und darin die Freiheit hütet, und in der Lehre, die sich ganz dem Menschen verpflichtet weiß, zu suchen, dann wird auch unser Gespräch ein Dienst am Frieden der Völker sein.“

Zu der Eröffnungssitzung hatten sich der dänische und der griechische Botschafter in Bonn, Vertreter der französischen und der türkischen Botschaft, 60 staatliche Beobachter aus 12 europäischen Ländern, Bundesforschungsminister Hans Lenz, Repräsentanten des Europarates, Bischöfe der evangelischen und katholischen Kirchen in Niedersachsen sowie Prinz Welf Heinrich als Vertreter des Stifter-Hauses der Göttinger Universität eingefunden. Ein besonderer Willkommensgruß galt den mitteleuropäischen Hochschulen. Auch die Präsidenten des Wissenschaftsrates, der Max-Planck-Gesellschaft, der Alexander von Humboldt-Stiftung, des Hochschulverbandes sowie des Deutschen Akademischen Austauschdienstes waren Gäste der Eröffnungssitzung.

In Vertretung des Bundespräsidenten begrüßte der Präsident des Bundesrates, der niedersächsische Ministerpräsident Dr. Georg Diederichs, die Rektorenkonferenz. Er betonte, die Wissenschaft sei das Schicksal der Gesellschaft von morgen. Diese Bedeutung werde zunehmend erkannt. Parlamente aller Staaten erhöhten mit Recht die Finanzmittel für die Hochschulen und die Wissenschaft, und Regierungen investierten die Mittel im Ausbau und Neubau bestehender und neuer Hochschulen in einem bisher noch nicht gekannten und oft auch nicht anerkannten Ausmaß. Eine solche Förderung der Wissenschaft sei notwendig und erfreulich. Aber es könne und solle nicht verschwiegen werden, daß für den Ausbau der Hochschulen noch mehr als bisher geschehen müsse. Es wäre jedoch verhängnisvoll, wenn dieser Ausbau der Hochschulen in der Art eines unkritischen Fortschrittsglaubens in dem Sinne geschehe, als ob die Wissenschaft allein in der Lage sei, alle Probleme der Völker und Staaten und ihres Zusammenlebens zu lösen.

Prof. Bouchard berichtete in der Eröffnungssitzung über die Entwicklung seit der Rektorenkonferenz 1959 in Dijon. Er hob hervor, daß sich die europäische Rektorenkonferenz organisatorisch aus der Westeuropäischen Union und aus der Zusammenarbeit im Europarat entwickelt habe. Mit der Göttinger Konferenz sei nun das in Dijon gesteckte Ziel erreicht worden, die Rektorenkonferenz als einen unabhängigen und staatsfreien Zusammenschluß der europäischen Universitäten zu konstituieren. „Es ist das besondere Schauspiel dieser Versammlung, daß zum erstenmal in der Geschichte fast 200 Rektoren und Vizekanzler aus allen Teilen Europas sich heute hier in Göt-

tingen zusammengefunden haben, ohne daß sie durch irgendeine Autorität dazu verpflichtet, angehalten, aufgefordert, ermutigt, beraten oder durch nicht von Universitäten stammenden Mitteln und Quellen unterstützt worden wären.“ Der Zusammenschluß der Universitätsrektoren sei nicht nur für die Entwicklung der Universitäten, sondern auch für die Entwicklung Europas von besonderer Bedeutung. Es sei die Pflicht und die Aufgabe der Universitätslehrer, die kulturelle, intellektuelle und moralische Einheit Europas in Forschung und Lehre herzustellen.

Lord Robbins/London erinnerte in seinem Festvortrag an den Protest der Göttinger Sieben, der ein hervorragender Beweis für die Verteidigung der Freiheit durch Universitätslehrer gewesen sei. Robbins führte aus, es bestehe kein Grund, von einer Erschöpfung der Begabungsreserven zu sprechen. Seinen Schätzungen nach müsse damit gerechnet werden, daß sich in 20 Jahren die Zahl der Studenten verdoppeln werde. Der britische Universitäts-Experte empfahl, die Studienförderung nicht nur auf eine Hochbegabten-Förderung abzustellen, sondern sie auch auf den weiten Kreis begabter junger Menschen zu erstrecken. Robbins wandte sich gegen eine institutionelle Trennung von Forschung und akademischer Ausbildung an den Universitäten und Hochschulen und erinnerte daran, daß von einem Universitätslehrer mehr erwartet werde, als den Studenten nur mit den einzelnen Wissenszweigen vertraut zu machen: „Man erwartet von uns, daß wir die allgemeinen Fähigkeiten zum Denken und zur Konzentration beim Einzelnen prägen.“ Von den Universitätslehrern sei eine „kritische Objektivität“ zu fordern. Zum anderen müsse ein Universitätslehrer Handlungen der Umwelt mehr nach ihren Auswirkungen als nach ihren Kategorien beurteilen. Der Wert solcher Handlungen dürfe nicht nach vorgefaßten Maßstäben oder nach einer apriorischen Ethik abgeschätzt werden, sondern vielmehr nach ihren Wirkungen auf das menschliche Glück. Endlich müsse das Gemeinsame stärker als die geringfügigen Verschiedenheiten in den Zivilisationen herausgestellt werden. Lord Robbins schloß: „Wir müssen allezeit die Unpersönlichkeit des Wissens und die Transzendenz der Werte verkünden. Wir haben stets die Aufgabe, beim universalen Element des menschlichen Geistes zu verweilen. Vor allem sollten wir uns gegen das Eindringen der gesellschaftsfeindlichen Kräfte des Nationalismus in Wissenschaft und Bildung zur Wehr setzen. Unter dem Einfluß einer fehlgeleiteten Geschichtsauffassung sind unsere Universitäten an der Unterstützung derartiger spaltungsfördernder Tendenzen nicht ganz schuldlos. Wir müßten alle, Briten, Franzosen, Deutsche und andere, zur Denkweise und den Werten der Aufklärungszeit zurückkehren, zu den Erkenntnissen, die die Einheit und nicht ihre Unterschiede betonten. Ohne den Sinn für die Pflichten ihren eigenen Gesellschaften gegenüber zu schwächen, müssen wir versuchen, unsere jungen Männer und Frauen zu Bürgern jener Republik des Geistes zu machen, die keine Grenzen kennt ... Magnifizenzen, die Zukunft liegt zu einem großen Teil in Ihren Händen.“

Ein europäisches Studienzentrum forderte in der zweiten Festrede, der Direktor des europäischen Kulturzentrums in Genf, Prof. Denis Rougemont. Dieses Zentrum solle als ein „Bundesdistrikt des geistigen Europas“ mit einem exterritorialen Status geschaffen werden. In ihm sollten Wissenschaftler, Politiker und Wirtschaftler für begrenzte Zeitabschnitte zusammenarbeiten, um im Zeitalter zunehmender Spezialisierungen die Einheit der Wissenschaft sicherzustellen. Rougemont warnte davor, die Überfüllung der Hochschulen durch den Ausbau zu Mammutuniversitäten überwinden zu trachten. Vielmehr müsse die Gründung vieler kleinerer Universitäten und Hochschulen angestrebt werden. Die Universitäten seien in der Tat oft nur noch ein zufälliges Nebeneinander von Fachleuten und Forschungsinstituten, zwischen denen es keine geistigen Verbindungen gebe. Die Universität, die man im kybernetischen Sinn als einen großen Informationsverteiler ansehen könnte, vermöge nicht mehr normal zu arbeiten, wenn die Informationen zwischen den verschiedenen Wissenszweigen nicht mehr ausgetauscht werden könnten. Für die Universitäten und die Wissenschaft stelle sich daher die Frage nach einer neuen Synthese. Ein Studium generale sei zu diesem Zwecke untauglich, da das Allgemeine nicht zum Lehrstoff gemacht werden könne. Auch alle Versuche, die ständig zunehmende Spezialisierung einzudämmen, sei illusorisch. Im Zurückschreiten könne keine Lösung gefunden werden. Eine neue Synthese und Einheit könne nur dann gefunden werden, wenn sie aus

den speziellen Forschungsrichtungen im Dialog und in der Diskussion der Spezialisten herauswachsen. Die Aufgabe der Synthese müsse Gruppen von Wissenschaftlern verschiedener Disziplinen anvertraut werden.

Die Expertenberichte

Der zweite Tag der Konferenz begann mit einer Plenarsitzung, in der die Experten-Berichte vorgetragen wurden. Der Präsident des Wissenschaftsrates, Prof. Dr. Raiser, berichtete im Namen einer Expertengruppe über die „Einheit der Universität“. Seinen Bericht durchzog die These, daß die europäischen Universitäten ihre Tradition und ihre geistige Substanz bewahren müßten, um den Fortschritt suchen zu können. Raiser schilderte an anderer Stelle eindringlich, daß die Einheit der Universität in allen europäischen Ländern durch die fortschreitende Spezialisierung der Forschung, durch das Bedürfnis der Gesellschaft nach einer verstärkten wissenschaftlichen Ausbildung und durch ständig steigende Studentenzahlen gefährdet sei. Dieser Entwicklung, deren Tendenzen sich die Universität nicht verschließen könne, müsse sie dadurch begegnen, daß sie ihre Kräfte auf die ihr eigenen Aufgaben konzentriere. Die Universität sei bis heute die einzige Einrichtung, die nicht nur einzelne Wissenschaften, sondern die Wissenschaft als Ganzes repräsentiere. Diese ihre Substanz müsse auch in Zukunft erhalten bleiben. In dem Bericht der Experten-Kommission plädierte Raiser für eine Entlastung der Universitäten und schlug zu diesem Zweck eine Vermehrung der Universitäten sowie eine Arbeitsteilung zwischen den alten und den neu zu gründenden wissenschaftlichen Hochschulen vor. In der Forschung könne die Universität dadurch entlastet werden, daß sie in ihren Instituten nur solche Aufgaben übernehme, die von allgemeinem Interesse seien und zugleich der Ausbildung dienen. Raiser empfahl im Namen der Experten, zurückhaltend in der Ausführung staatlicher und privater Forschungsaufträge zu sein. Die Universität müsse von Ausbildungsaufgaben befreit werden, in denen eine Verbindung von Forschung und Lehre keine Rolle spiele, sondern in denen fertige Ergebnisse einer Wissenschaft vermittelt würden. Eigene Lehranstalten nach Beispiel der Ingenieurschulen und Wirtschaftswissenschaftlichen Ausbildungsstätten müßten zu diesem Zweck gegründet werden.

Die Experten-Kommission warf die Frage auf, ob die in den vergangenen Jahren verstärkten Mittel für die Forschung unbedingt Vorteile gebracht hätten. Ein beschränkter Haushalt sporne zu sorgfältigen Überlegungen über Methoden mit dem größtmöglichen Effekt an. Gewisse Forschungsarbeiten — z. B. ein großer Teil der modernen Raumforschung — seien sehr kostspielig, und die zu erwartenden Resultate stünden in keinem vernünftigen Verhältnis zu dem ausgegebenen Geld. Die Experten-Kommission warnte vor einer Überschätzung des „Teamwork“, das in mancher Beziehung keine günstige Atmosphäre zu wahrhaft schöpferischer Arbeit biete. Sie setzte sich auch dafür ein, die Einheit von Forschung und Lehre an den europäischen Universitäten zu erhalten und sie trotz steigender Studentenzahlen nicht aufzuspalten. Sie warnte davor, das akademische Niveau zu verringern. Eine Vergrößerung des Lehrkörpers der Hochschulen, mittels der einer solchen Entwicklung vorgebeugt werden könne, sei nur in beschränktem Umfang möglich, da die Zahl schöpferischer Persönlichkeiten notwendigerweise begrenzt sei.

In einem zweiten Experten-Bericht, den Prof. Dr. Franz Blatt/Aarhus gab, wurde die Sorge um das akademische Niveau und die geistige Qualität der jungen Studenten deutlich. Blatt wandte sich gegen Pläne zur Verkürzung der Studienzeit für die Studenten unter gleichzeitiger Verbesserung der Forschungsmöglichkeit für einzelne. Die Universitäten riskierten, mit solchen Reformen einer geringeren Hochschulausbildung den Schein einer akademischen Vollausbildung zu geben. Er wandte sich auch dagegen, durch jährliche Zwischenprüfungen Studenten aus der Universität „herauszurufen“, um Ungeeignete auszuschneiden. Durch dieses Prüfungssystem werde das Universitätsstudium dem Unterricht an höheren Schulen „angenähert“ und verlöre damit seinen Wert. Nach den Vorstellungen der Expertenkommission sollen ungeeignete Studenten durch eine Prüfung innerhalb der ersten zwei Studienjahre ausgeschieden werden.

Der dänische Gelehrte erinnerte die Hochschullehrer daran, daß die Universität auch eine Verantwortung gegen sich selbst zeigen müsse. „Ohne Selbstverantwortung der Hochschule geht es nicht.“ Ein entscheidender Faktor

zur Aufrechterhaltung der Hochschule sei das Prinzip der Selbstergänzung des Lehrkörpers. Blatt erklärte, eine grundsätzliche Trennung zwischen Hochschulunterricht und Forschung, wie sie vielfach befürwortet werde, zerstöre die Grundlage der europäischen Universitäten.

Prof. H. L. Elvin/London gab im Namen der Expertengruppe einen Bericht über die Zulassungsbedingungen zur Universität. In ihm wurde hervorgehoben, daß nur wenige Länder bisher das Prinzip anerkannt und in die Tat umgesetzt hätten, daß ein Student, der zur Universität gehen will und die erforderlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt, nicht allein dadurch an dem Beginn und dem Abschluß seines Studiums gehindert sein soll, daß er nicht in der Lage ist, die Kosten für das Studium und seinen Lebensunterhalt zu tragen. Den Ländern Europas stelle sich jetzt die gesellschafts- und hochschulpolitische Frage, wieweit sie bei Annahme dieses Prinzips zu gehen bereit seien und welche Maßnahmen sie dabei ergreifen wollten. Eine Verwirklichung dieses Prinzips führe jedoch dazu, daß eine weitaus größere Zahl von Studienplätzen zur Verfügung gestellt werden müsse.

Die Expertengruppe hatte umfangreiches Material gesammelt, um die Zulassungsbedingungen zur Universität in den westeuropäischen Ländern ebenso zu klären wie die jeweiligen Unterstützungssysteme. Sie hob hervor, daß an den Universitäten im Hinblick auf den steigenden Anteil von Gymnasiasten in den kommenden Jahren und der sich daraus ergebenden steigenden Nachfrage von befähigten Bewerbern nach einem Universitätsstudium ein sehr viel weiteres und großzügigeres Unterstützungssystem für Studenten notwendig werde, als dieses gegenwärtig bestehe. Die Experten waren in diesem Zusammenhang der Meinung, die Alternative werde notwendigerweise sehr ernst, nämlich erwiesener Begabung die Gelegenheit zur Entfaltung zu versagen. Die Kommission schlug vor, eine Untersuchung über die jeweiligen Förderungssysteme in den europäischen Ländern einzuleiten, um gründliche erarbeitete Maßstäbe für die Studienförderung zu gewinnen.

Prof. Gérard Antoine/Orléans, der im Auftrage der Expertenkommission über die „Verantwortung und Vertretung der Studentenschaft“ berichtete, plädierte dafür, die Studenten nach deutschem Vorbild eng an die Hochschule zu binden und ihnen den Status eines akademischen Bürgers zu geben. Er machte auf Tendenzen einer Politisierung der Studentenschaft aufmerksam in Ländern, in denen die Studenten Mitglieder großer und starker nationaler Studentenverbände sind.

In sechs Kommissionen erörterte die Rektorenkonferenz am 3. 4. und 5. September die Berichte der Expertenkommissionen. Die Kommissionen legten Resolutionen und Empfehlungen vor, über die die Konferenz am 8. September beschloß. Einen Tag zuvor hatten 145 Universitäten und wissenschaftliche Hochschulen durch die Unterschriften ihrer Rektoren oder deren Bevollmächtigte das Statut der Konferenz unterzeichnet (siehe nachstehenden Wortlaut). Am letzten Tag der Konferenz verabschiedeten die Mitglieder die Empfehlungen der Ausschüsse, die im „Hochschul-Dienst“ Nr. 19 im Wortlaut abgedruckt werden.

Mit einer feierlichen Schlußsitzung in der Aula der Göttinger Universität ging die Konferenz zu Ende. Das Konzil der Göttinger Universität verlieh dem bisherigen Präsidenten der Rektorenkonferenz, Prof. Bouchard, die Würde eines akademischen Ehrenbürgers. Magnifizenz Zimmerli überreichte die Insignien und die Urkunde in der Schlußsitzung. Die Ehrenbürgerschaft wurde wegen der Verdienste Bouchards um den Aufbau des französischen Universitätswesens, um die Verständigung zwischen deutschen und französischen Universitäten sowie wegen seines unermüdlischen Wirkens um das Zustandekommen einer ständigen europäischen Konferenz der Rektoren und Vizekanzler verliehen.

Zuvor hatte der Göttinger Rektor Prof. Dr. Zimmerli betont, daß die Konferenz sich einem geistigen Erbe verantwortlich wisse, das durch die Worte „Freiheit von Forschung und Lehre“ gekennzeichnet sei. Der neue Präsident der Konferenz Prof. Jacques Courvoisier/Genf — er war gegen den Vizekanzler der Universität Manchester Sir William Mansfield Cooper gewählt worden — betonte in seiner Einführungsrede, daß der Präsident der Rektorenkonferenz kein persönliches Programm vorlegen könne, sondern daß er gemeinsam mit den übrigen Rektoren die Arbeit zu leisten habe. In den ständigen Ausschüssen der Konferenz wurden die Professoren Archi/Flo-

renz, Bouchard/Dijon, Cooper/Manchester, Dubuisson/Lütlich, Snaevarr/Reykjavik, Dewijs/Delft und Zimmerli/Göttingen gewählt. Prof. Zimmerli hatte auf eine Kandidatur als Präsident verzichtet. Dem ständigen Ausschuß gehören ferner der Rektor der Universität an, bei der die Rektorenkonferenz in ihrer nächsten Generalversammlung zu Gast ist; außerdem aus jedem Lande, das mehr als zwei Universitäten als Mitglieder der europäischen Rektorenkonferenz besitzt, je ein Vertreter, der von den Rektoren dieses Landes bestimmt wird.

Für die italienischen Universitäten sprach in der Schlußsitzung der Rektor von Bologna eine Einladung nach Italien aus. Die Rektoren werden sich voraussichtlich das nächste Mal in Bologna treffen.

Höhepunkt der Schlußsitzung war eine Rede von Bundeskanzler Prof. Dr. Ludwig Erhard, der vor der Rektorenkonferenz seine in seiner Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag konzipierte Wissenschaftspolitik erneuerte. „Die Aufgaben der Bildung und der Forschung haben für unser Geschlecht den gleichen Rang wie die soziale Frage für das 19. Jahrhundert und fordern uns entsprechend große Anstrengung ab. Diese Ge-

meinschaftsaufgabe von hohem Rang zu erkennen, ist Aufgabe des ganzen Volkes. Ihre Erfüllung ehrt die Nation.“ In seinen Ausführungen betonte der Kanzler u. a., daß die Universalität der Universität gerade ihre Modernität ausmache. Die immer stärkere Spezialisierung der Forschung habe dazu geführt, daß häufig neue Erkenntnisse nur noch durch enge Zusammenarbeit von Wissenschaftlern verschiedener Fachrichtungen erreicht werden könnten. Dazu biete die Universität die beste Chance. Erhard forderte, über die starke Förderung der Naturwissenschaften die Geisteswissenschaften nicht zu vergessen. Er bekannte sich zur Freiheit von Forschung und Lehre und dankte den Rektoren der europäischen Hochschulen für ihre Initiative, unabhängig von zwischenstaatlichen Organisationen nach den Möglichkeiten einer internationalen akademischen Selbstverwaltung zu suchen. So gewiß der Universität die Freiheit gewährt werde, so sehr sollten die Universitäten in den Organen des Staates nicht Vertreter einer verständnislosen oder böswilligen Demokratie sehen, sondern Repräsentanten einer gesellschaftlichen Ordnung, der auch die Universitäten verantwortlich und verpflichtet seien. Staat und Universität hätten vertrauensvoll zusammenzuarbeiten. Tr.

Ständige Konferenz der Rektoren und Vizekanzler der europäischen Universitäten

Auszug aus der Verfassung

Präambel

Die Rektoren und Vizekanzler der Universitäten und wissenschaftlichen Hochschulen in Europa sind sich dessen bewußt, daß diese akademischen Hohen Schulen

Erben einer jahrhundertealten Tradition sind, die dem Fortschritt der Kultur, der Wissenschaft und ihrer Verbreitung dient, von der der geistige, soziale und wirtschaftliche Aufstieg Europas abhängt,

an grundsätzliche Voraussetzungen zur Erfüllung ihrer Aufgabe gebunden sind, nämlich: die Freiheit des Forschens und Lehrens und des Verbreitens von Dokumenten und Ideen,

sich bemühen, untereinander gegenüber jeder Meinung duldsam zu sein und jegliche Einwirkung fernzuhalten,

die die Durchführung ihrer geistigen Mission gefährden könnte,

davon überzeugt sind, daß die Beziehungen, die sie zwischen Lehrern und Studenten über alle staatlichen Grenzen hinweg herstellen, den Frieden bewahren helfen,

entschlossen sind, ihre geschichtlich begründete Zusammengehörigkeit im Geiste und im Dienste Europas zu wahren und zu stärken.

Sie haben deshalb beschlossen, die in Dijon im Jahre 1959 geschaffene Vereinigung in feierlicher Form als ständige Einrichtung zu bestätigen, indem sie ihr die vorliegende, von ihnen unterzeichnete Verfassung geben.

VERFASSUNG

Artikel I — Name

Die Vereinigung führt den Namen „Conférence Permanente (Standing Conference) des Recteurs et Vice-Chanceliers des Universités européennes.“

Die Begriffe „Rektor“ und „Vice-Chancellor“ bezeichnen in diesem Statut den jeweiligen Inhaber des höchsten Amtes in einer Universität oder gleichrangigen Institution, der die Geschäfte führt, wie immer sein Titel auch lauten mag.

Artikel II — Zweck

Die Ständige Konferenz will in Europa die Zusammenarbeit der Rektoren und Vizekanzler, ihrer Universitäten und deren Lehrer, Forscher und Studenten sichern und fördern, um die Ziele zu erreichen, die den Idealen entsprechen, zu denen sie sich in der Präambel dieser Verfassung bekennen.

Sie setzt sich insbesondere folgende Ziele:

sich gegenseitig über die Fragen, die von gemeinsamem Interesse sind, zu informieren,

den Regierungen und den staatlichen, zwischenstaatlichen und überstaatlichen Behörden und allen Stellen, die über solche Fragen zu befinden haben, in den die Universitäten angehenden Fragen Gutachten zu erstatten und Empfehlungen vorzulegen.

Artikel III — Mitglieder

1. Mitglieder der Ständigen Konferenz sind Rektoren und Vizekanzler derjenigen Universitäten, deren Rektor oder Vizekanzler

a) an der Konferenz in Göttingen (1964) als Mitglied teilgenommen und die vorliegende Urkunde formgerecht unterzeichnet hat oder

b) an der Konferenz in Dijon (1959) als ordentliches Mitglied teilgenommen und durch Unterzeichnung

der vorliegenden Verfassung bis zum 31. Dezember 1964 seinen Beitritt erklärt hat oder

c) später in die Ständige Konferenz nach den Bestimmungen dieser Verfassung und nach den von der Ständigen Konferenz erlassenen Richtlinien als Haupt einer in Europa gelegenen Universität aufgenommen wird.

Die Mitgliedschaftsrechte dieser Rektoren und Vizekanzler entstehen erst, wenn der gemäß dieser Verfassung festgelegte Jahresbeitrag an die Ständige Konferenz gezahlt worden ist.

2. a) Der nach Ziffer 1 c dieses Artikels gestellte Aufnahmeantrag eines Rektors oder Vizekanzlers kann von dem Ständigen Ausschuß geprüft werden, sofern er entweder von der Rektorenkonferenz im Lande des Antragsstellers oder, wenn eine solche Konferenz nicht besteht, wenigstens von der Hälfte der Rektoren und Vizekanzler in diesem Lande, die schon Mitglieder der Ständigen Konferenz sind, befürwortet wird.

Durch diese Bestimmung wird der Ständige Ausschuß jedoch nicht daran gehindert, den Aufnahmeantrag eines Rektors oder Vizekanzlers zu prüfen, in dessen Land noch kein Rektor oder Vizekanzler Mitglied der Ständigen Konferenz ist.

b) Billigt der Ständige Ausschuß nach entsprechender Prüfung den Aufnahmeantrag, so wird der Rektor oder Vizekanzler vorläufig, nämlich unter dem Vorbehalt einer Bestätigung durch die nächste Generalversammlung, aufgenommen; lehnt der Ständige Ausschuß den Aufnahmeantrag ab, so kann der Rektor oder Vizekanzler bei der nächsten Generalversammlung Einspruch einlegen. Die von ihr gefällte Entscheidung ist endgültig.

3. Der Rektor oder Vizekanzler einer jeden Universität hört auf, Mitglied der Ständigen Konferenz zu sein,

wenn er dem Präsidenten seine Absicht, aus der Ständigen Konferenz auszutreten, schriftlich mitteilt, wenn er drei Jahre mit seinem Beitrag im Verzug ist.

4. Soweit in dieser Verfassung auf die Mitglieder der Ständigen Konferenz Bezug genommen wird, gehören dazu auch alle Rektoren und Vizerektoren, die gemäß Ziffer 2 dieses Artikels vorläufig in die Ständige Konferenz aufgenommen worden sind, es sei denn, daß ausdrücklich etwas anderes bestimmt worden ist.
5. Die Mitglieder haften für die Verbindlichkeiten der Ständigen Konferenz nur bis zur Höhe ihrer satzungsmäßigen Beiträge.

Artikel IV — Organe

Die Organe der Ständigen Konferenz sind:

- Die Generalversammlung,
- Der Präsident,
- Der Ständige Ausschuß,
- Das Bureau.

Artikel V — Die Generalversammlung

1. Die Generalversammlung ist das oberste Organ der Ständigen Konferenz. Zu ihren Aufgaben gehören insbesondere:
 - a) die Vollmachten der Teilnehmer zu prüfen;
 - b) die gemäß Artikel III Abs. 2 b durch den Ständigen Ausschuß ausgesprochene vorläufige Aufnahme zu bestätigen oder aufzuheben;
 - c) ihre Geschäftsordnung zu beschließen;
 - d) Fragen, die für die Universitäten von allgemeinem Interesse sind, zu erörtern;
 - e) die allgemeinen Richtlinien der Ständigen Konferenz festzulegen und dem Ständigen Ausschuß entsprechende Weisungen zu erteilen;
 - f) den Haushaltsplan der Ständigen Konferenz in seinen wesentlichen Zügen zu bestimmen und einen einheitlichen Jahresbeitrag festzulegen, der von den Mitgliedern in der Zeit von einer Generalversammlung bis zur nächsten zu entrichten ist;
 - g) den Finanzbericht für die abgelaufene Tätigkeitsperiode entgegenzunehmen und ihn nach Prüfung durch eine geeignete Persönlichkeit zu billigen;

h) den Präsidenten der Ständigen Konferenz und die Mitglieder des Ständigen Ausschusses nach den Bestimmungen dieser Verfassung zu wählen.

2. Die Mitglieder der Ständigen Konferenz treten alle fünf Jahre zu einer ordentlichen Generalversammlung zusammen. Diese legt Ort und Zeit der nächsten ordentlichen Versammlung fest; der Präsident der Ständigen Konferenz ist jedoch berechtigt, die Versammlung an einen anderen Ort und zu einer anderen Zeit einzuberufen, wenn er dies nach Anhörung des Ständigen Ausschusses für erforderlich hält. Der gewählte Ort muß eine Universität sein.
3. Zur Teilnahme an der Generalversammlung sind alle Rektoren und Vizerektoren sowie die Mitglieder des Ständigen Ausschusses, die nicht mehr das Amt eines Rektors oder Vizerektors bekleiden, berechtigt; stimmberechtigt sind jedoch nur die Mitglieder der Ständigen Konferenz.
4. Jeder Rektor oder Vizerektor, der Mitglied der Ständigen Konferenz ist, sich aber an der persönlichen Teilnahme gehindert sieht, kann einen seiner rechtmäßigen Vertreter abordnen; dieser Vertreter übt in der Versammlung alle Rechte des verhinderten Rektors oder Vizerektors aus.
5. Beobachter können auf Einladung des Ständigen Ausschusses der Generalversammlung beiwohnen und an ihren Beratungen teilnehmen; sie haben jedoch kein Stimmrecht.
6. Der Vorsitz jeder Generalversammlung wird von dem Rektor oder Vizerektor derjenigen Universität, in welcher die Generalversammlung stattfindet, oder von einem hierzu von ihm bestimmten Vertreter ausgeübt.
7. Die Generalversammlung faßt ihre Entschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder. Die Entschlüsse sind nur rechtskräftig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend oder vertreten ist.
8. Eine außerordentliche Sitzung der Generalversammlung kann von dem Präsidenten auf Vorschlag des Ständigen Ausschusses einberufen werden; er muß sie einberufen, wenn es von zwei Dritteln der Mitglieder der Ständigen Konferenz schriftlich verlangt wird.

Fachhochschule Chemnitz – Modell einer mitteldeutschen Hochschulreform

An der 1953 gegründeten Hochschule für Maschinenbau in Chemnitz soll jetzt eine Hochschulreform durchgeführt werden, die wie Rektor Prof. Hans Jaeckel erklärte, ein „Modell“ für alle Hochschulen Mitteldeutschlands werden soll. Nach Prof. Jaeckel sei es an der Zeit, durch eine umfassende Studienreform die alten Zöpfe aus den Vorlesungen und Seminaren der mitteldeutschen Hochschulen zu verbannen. Zunächst werden sich die neu immatrikulierten Studenten einem längeren Vorbereitungskursus unterziehen müssen, was zahlreiche Professoren schon lange gefordert hatten. Notwendig wurde dieses Vorbereitungs-jahr nach Ansicht der Professoren dadurch, daß die Abiturienten vor dem Hochschulbesuch zunächst ein Pflichtjahr in der Industrie absolvieren müssen und zumeist sehr viel verlernt haben. An der Technischen Hochschule in Chemnitz erhalten nun die neu inskribierten Studenten die Möglichkeit, in Vorbereitungskursen ihr Wissen aufzufrischen. Der entscheidende Punkt der Studienreform soll jedoch sein, daß die 2000 Chemnitzer Studenten mehr Bewegungsfreiheit im Studium erhalten. So werden die Studenten künftig die Möglichkeit haben, nach eigenem Ermessen Vorlesungen und Seminare zu belegen. Die Zahl der Pflichtvorlesungen wird auf 30 in der Woche in Chemnitz reduziert. Ebenso sollen die Pflichtvorlesungen in dem Fach „Gesellschaftswissenschaften“ in die auch die Vorlesungen über „Marxismus—Leninismus“ fallen, verkürzt werden. Weiters sollen die Chemnitzer Studierenden in den ersten Studienjahren kein Spezialwissen vermittelt bekommen, sondern so wie in der Bundesrepublik ein „breites Grundlagenwissen“. Die Spezialausbildung soll erst nach dem dritten oder vierten Studienjahr eintreten. Auf diese Weise kann nach Jaeckel erreicht werden, daß ein Kader aus der Hochschule entlassen wird,

der an den verschiedenen Stellen der Industrie mit Erfolg eingesetzt werden kann. Nach Prof. Jaeckel werden an der Technischen Hochschule Chemnitz die Studenten künftig auch vollkommen allein entscheiden, ob sie Vorlesungen besuchen oder nicht und allein zu Hause weiterarbeiten. Sie brauchen sich auch nicht nach dem Plan im Kollektiv zur Prüfung zu melden. Die Studienreform an der Chemnitzer Hochschule, die für alle Hochschulen ein Modell schaffen soll, wendet sich somit gegen das Kollektivstudium und gegen das sogenannte kollektive Selbststudium, das die SED bisher propagierte. Diese Hochschulreform ist gleichzeitig eine Absage an die bisherige Form der starren Lern-Universität, es bleibt jedoch abzuwarten, ob das Chemnitzer Modell an allen Hochschulen Mitteldeutschlands Eingang findet.

Der Bayerische Rundfunk (Fernsehen) eröffnete am 22. 9. die Sendungen im Rahmen des dritten Programms. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Bildungsarbeit im weitesten Sinne und auf kulturellen Sendungen von besonderem Niveau. Der Bayerische Rundfunk hat für dieses sogenannte Studienprogramm bereits ein vollständiges Jahresprogramm, das in Trimester eingeteilt ist, erstellt. Gedacht ist an ein kulturell hochstehendes Programm, die Vermittlung von literarischen Werken sowie die Wiederholung von kulturell besonders wichtigen Sendungen des ersten Programms. Der Bayerische Rundfunk hat im Rahmen dieses Studienprogramms auch eine Art „Fernseh-Universität“ geschaffen. Das Programm soll in nächster Zeit von sämtlichen Fernsehstationen Deutschlands ausgestrahlt werden; derzeit ist ein Empfang nur in Bayern möglich.

Von der Deutschen Forschungsgemeinschaft

Das Schwerpunktprogramm Getreidequalität, für das die Deutsche Forschungsgemeinschaft jetzt 600 000,— DM bereitgestellt hat, faßt die Arbeiten von etwa 40 Forschern zusammen, die in vier Arbeitsgruppen die speziellen Qualitätsfragen bei Weizen, Roggen, Gerste und Hafer untersuchen. In den letzten 10 Jahren hat sich die Getreideanbaufläche in der Bundesrepublik erheblich ausgeweitet. Sie nimmt jetzt über 60 % der Ackerfläche ein, gebietsweise sogar über 65 %, d. h. über zwei Drittel. Gleichzeitig mit der Anbauausweitung steigen die Hektarerträge. Auch in den benachbarten Ländern, besonders in Frankreich, steigt die Getreideerzeugung rasch an. Die harten Auseinandersetzungen um den Getreidepreis sind bekannt. In dieser Situation spielt die Qualität des Getreides eine immer wichtigere Rolle.

Die Sedimentforschung wurde als neues Gebiet in das Schwerpunktprogramm aufgenommen; es wurden hierfür im ersten Jahr 500 000,— DM bereitgestellt. In dem Programm sollen Ablagerungsvorgänge im Meere, die sich in der geologischen Neuzeit abspielten und noch abspielen, mit der Sedimentation früherer geologischer Zeitalter verglichen werden. Besondere Aufmerksamkeit will man dabei der Tierwelt widmen, die einst in diesen Urmeeren gelebt hat. Aus den Sedimenten und den in ihnen gefundenen Lebewesen soll die urzeitliche Umwelt rekonstruiert werden; dieses Forschungsgebiet wird als Paläoökologie bezeichnet. Mit Hilfe der Isotopenmethode kann man nicht nur das absolute Alter der Sedimente ziemlich zuverlässig feststellen, sondern auch die urzeitliche Wassertemperatur, bei der sie gebildet wurden, bis auf ein Grad genau bestimmen. Neben Geologen beteiligen sich an dem Programm Mineralogen, Petrographen, Paläontologen und Geochemiker. Einen Teil des Untersuchungsmaterials wird das neue Forschungsschiff „Meteor“ von der Internationalen Indischen Ozean-Expedition mitbringen.

In den letzten beiden Jahren hat die Deutsche Forschungsgemeinschaft für archäologische Grabungen in Deutschland, im europäischen Ausland und im Vorderen Orient insgesamt 4,3 Mio DM bewilligt. Die finanziell größten Objekte waren die Grabung in der Warft Elisenhof auf der Halbinsel Eiderstedt und die in Feddersen-Wierde bei Bremerhaven. Umfangreiche Grabungen wurden auch im Xantener Dom, in einer römischen Siedlung bei Neuß und zur Untersuchung der Trierer Kaiserthermen vorgenommen. In Griechenland waren die Ausgrabungen in Olympia, im Vorderen Orient die Ausgrabung eines omayyaddischen Schlosses in Syrien und die schon vor dem Ersten Weltkrieg begonnenen Ausgrabungen in Warka die Hauptobjekte. In Warka wurden Gebäude ausgegraben, die vor rund 3000 Jahren kultischen Zwecken dienten.

Die Ökonometrie, ein spezieller Wissenschaftszweig im Grenzgebiet von Statistik, Mathematik und theoretischer Nationalökonomie, wurde jetzt in das Schwerpunktprogramm aufgenommen. Bei den zunächst mit einer Anfangssumme von 140 000,— DM geförderten Projekten geht es um die praktische Anwendung ökonomischer Verfahren: ein Heidelberger Institut wird die weltwirtschaftlichen Verflechtungen in der Bundesrepublik untersuchen; in Hamburg soll eine große Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamtes ökonomisch ausgewertet werden; in Bonn wird ein gesamtwirtschaftliches Prognosemodell für die Bundesrepublik aufgestellt werden. Andere Studien widmen sich der Verflechtung des Agrarbereiches mit der übrigen Wirtschaft und dem Zusammenhang von Geldkreislauf und Unternehmensfinanzierung. Die kürzlich von der Forschungsgemeinschaft veröffentlichte Denkschrift über Stand und Rückstand der Forschung bezeichnet zwar den Stand der mathematischen Forschung insgesamt als gut, beurteilt aber die Situation in der Anwendung mathematischer Methoden in der Volkswirtschaft ungünstiger.

Wie der Jahresbericht 1963 ausweist, wurden Buchspenden im Wert von rund 950 000,— DM an ausländische wissenschaftliche Bibliotheken vergeben. Ein großer Teil der Buchspenden ging in Länder, in denen deutsche Wissenschaftler ständig oder als Gastprofessoren tätig sind. Germanistische Institute und Seminare von Universitäten in Argentinien, Bra-

silien, Chile, USA, Kanada, Frankreich, Italien und Spanien erhielten Beihilfen zum Aufbau oder Ausbau ihrer Bibliotheken. Große Spenden gingen auch nach Korea, Mexiko, Polen und Südafrika. Beim Aufbau der zerstörten Universitätsbibliothek in Algier half die Forschungsgemeinschaft zusammen mit mehreren deutschen Universitätsbibliotheken. Die durch das Erdbeben zerstörte Universität Skopje erhielt eine erste umfangreiche Spende.

Im Schwerpunktprogramm wurden weitere 2,5 Mio DM für die Flugforschung bereitgestellt. Die Mehrzahl der jetzt ausgesprochenen Bewilligungen entfällt auf das Gebiet der Strömungsmechanik, und zwar vor allem auf Untersuchungen über Hyperschallströmungen bis zu drei- und sechsfacher Schallgeschwindigkeit. Parallel dazu laufen Arbeiten über den Zusammenhang zwischen Strömungsvorgängen und der Lärmentstehung und Lärmausbreitung. Außerdem werden Untersuchungen über die Anpassung der Antriebe an die sehr hohen Geschwindigkeiten des Überschallfluges und die demgegenüber vergleichsweise niedrigen Geschwindigkeiten des Senkrechtstarts unterstützt. Die Forschungsgemeinschaft fördert die Flugforschung seit dem Jahre 1953 und hat mit rund 25 Millionen DM die Grundlage für den Wiederaufbau dieser Forschungsrichtung in Deutschland legen helfen.

Auf Helgoland werden mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft Schwere- und Erdgezeitenmessungen vorgenommen. Die Messungen werden dazu beitragen, das komplizierte Bewegungsbild der Erdoberfläche zu erklären und außerdem Aufschlüsse über die Geologie des tieferen Untergrundes der Insel vermitteln. Es ist daran gedacht, später auch Messungen in der Flachsee vorzunehmen.

Im Rahmen des Schwerpunktprogramms Wasserforschung wird der Stickstoffhaushalt der Unterelbe näher untersucht. Die Forschungsgemeinschaft hat diese Untersuchungen in ihr Schwerpunktprogramm aufgenommen, weil den Verhältnissen in den Flußmündungen in der Fachwelt neuerdings besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Die Molekularbiologie wurde in diesem Jahr in das Schwerpunktprogramm aufgenommen und ein erster Betrag von rund zwei Millionen DM dafür bereitgestellt. Der größere Teil der von der Forschungsgemeinschaft in ihrem Programm geförderten Arbeiten gilt Fragen der Molekulargenetik, und zwar insbesondere der Wirkungsweise der Desoxyribonukleinsäure (DNS) und der Ribonukleinsäure (RNS), den Trägern und Vermittlern der genetischen Substanz und Information. Eine zweite Gruppe von Forschern widmet sich Strukturfragen der Membranen, d. h. der begrenzenden Schichten zwischen und innerhalb der Zellen und Zellverbände.

Ein Institut der Universität Freiburg wird mit Hilfe der Deutschen Forschungsgemeinschaft die Entwicklung der Waldflächen in dem heutigen Gebiet der Bundesrepublik seit dem Jahre 1900 untersuchen. Die historische Entwicklung der Waldflächenverteilung ist für die Abschätzung der weiteren Entwicklungstendenzen und als Grundlage einer systematischen Raumplanung bedeutsam. Zur Zeit nehmen die Waldflächen durch die Aufforstung landwirtschaftlicher Flächen zu.

In einem Institut der Universität Hamburg soll mit Hilfe der DFG eine mathematische Theorie über das dynamische Verhalten der Schüttladungen und über die Wechselwirkung zwischen Ladungsverschiebungen und Schiffsschwingungen bei Seegang entwickelt und in Modellversuchen nachgeprüft werden, bis Kennwerte für die Praxis herausgegeben werden können.

Die Zahl der sowjetischen Wissenschaftler, die in den letzten beiden Wochen in der Bundesrepublik an internationalen Kongressen teilnahmen, erreichte mit über 80 einen Höhepunkt, der dadurch an Bedeutung gewinnt, daß zu ihnen mehrere international bekannte Gelehrte gehörten, deren Besuch bei uns nicht so selbstverständlich ist, wie der entsprechender Gäste aus dem Westen. Nach Kongressen in Hamburg, München, Frankfurt und Oberwolfach hatten die Gäste Gelegenheit, wissenschaftliche Institute in anderen Städten zu besuchen.

Aus der Arbeit des Deutschen Akademischen Austauschdienstes

Der Deutsche Akademische Austauschdienst ist die Zentrale für den Austausch deutscher studentischer Praktikanten. Hier laufen die Fäden der 34 Mitgliedsländer zählenden IAESTE (International Association for the Exchange of Students for Technical Experience) zusammen; außerdem ist der Leiter der DAAD-Praktikantenabteilung zugleich Generalsekretär der Organisation. Die Bundesrepublik Deutschland ist mit Abstand der austauschstärkste Partner der IAESTE und man rechnet, daß in diesem Sommer wiederum rund 5000 Studenten technischer und naturwissenschaftlicher Fächer zwischen Deutschland und den übrigen Mitgliedsländern in Europa und Übersee ausgetauscht wurden. Mehr als 3500 junge Ausländer, darunter 900 Praktikanten aus nichteuropäischen Ländern, kamen in deutsche Betriebe. Erstmals, und dies stellt ein Novum dar, praktizierten 7 japanische Studenten — z. T. für 6 Monate — in Deutschland, und es ist damit zu rechnen, daß im nächsten Jahr auch einige junge deutsche Studenten in Japan praktizieren können. Das stärkste Ausländerkontingent stellt Ägypten mit rund 800 Praktikanten, aber auch aus Österreich sind wiederum zwischen 600 und 700 Praktikanten gekommen, darunter aber sehr viele an Österreichs Hochschulen eingeschriebene Ausländer. Aus Belgien kam eine Gruppe von 400 IAESTE-Praktikanten. Bis zu 150 ausländische Praktikanten haben einige deutsche Großunternehmen der Chemie, des Automobilbaues, der Metallverarbeitung und des Elektroapparatebaues aufgenommen.

Den 3500 ausländischen IAESTE-Praktikanten stehen rund 1200 deutsche Studenten gegenüber, die während der Sommerferien einen Teil ihrer Praktika im Ausland ableisten. Frankreich, England und die USA sind nach wie vor die von deutschen Studenten bevorzugten Austauschländer. Die Nachfrage übersteigt hier das Angebot an Praktikantenplätzen z. T. beträchtlich.

Im Rahmen des Programms der AIESEC (Association Internationale des Etudiants en Sciences Economiques et Commerciales) wurden rund 700 Studenten der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften zwischen der Bundesrepublik und den 35 Partnerländern dieser Organisation in jeder Richtung ausgetauscht. Weitere 900 Studenten — je zur Hälfte deutsche und ausländische Mediziner in den klinischen Semestern — konnten während der Sommermonate ihre Kenntnisse in Kliniken des Auslandes erweitern. Über die IFMSA (International Federation of Medicinal Student Associations) organisiert der Fachverband Medizin im VDS mit finanzieller Unterstützung des DAAD einen Famulanten-Austausch mit 22 Ländern.

Zieht man eine Bilanz über den Austausch von Hochschulpraktikanten und -famulanten im bisher abgelaufenen Jahr 1964, so erhält man beachtliche Zahlen: 4700 Studenten technischer und naturwissenschaftlicher Fächer, 1400 Wirtschaftsstudenten und 900 Mediziner, zusammen also 7000 Studenten. Allein 4650 junge Ausländer waren in Deutschland zu Gast und nur 2 350 deutsche Praktikanten und -famulanten reisten ins Ausland.

Ausländische Studenten aus aller Herren Länder sind zum Besuch von Ferien- und Sprachkursen in die Bundesrepublik gekommen. In diesem Jahr wurden von 18 deutschen Hochschulen solche Ferienkurse veranstaltet und die letzten werden erst Ende September schließen. Nach einer Umfrage des DAAD bei den Hochschulen läßt sich sagen, daß die Gesamtzahl der ausländischen Ferienkursteilnehmer in diesem Jahr bei 3500 Studenten liegen wird. Die Zahl der Bewerbungen für die Teilnahme an einem der Hochschul-Ferienkurse war jedoch wesentlich höher. Allein die Universität Heidelberg, sie veranstaltet bei weitem den größten Kurs in Deutschland und nahm 650 Studenten auf, mußte 500 junge Ausländer auf den nächsten Sommer vertrösten. Besonders zahlreich vertreten bei den Ferienkursen sind Franzosen, Engländer, Italiener und Nordamerikaner. Erstmals gehörten auch Studenten aus Ostblockländern, aus der Tschechoslowakei, aus Polen und Ungarn zu den Besuchern deutscher Hochschulkurse. Rund 300 von den 3500 ausländischen Studenten erhielten, um die Teilnahme an einem Ferienkurs zu bezahlen, vom DAAD ein Stipendium, das mit 500,— DM für einen drei- bis vierwöchigen Ferienaufenthalt dotiert war. Im Vorjahr konnte der DAAD mehr als 500 Ferienkursstipendien verleihen, doch zwang ihn diesmal die Haushaltslage zu einer recht fühlbaren Verringerung des Stipendienangebots. So kamen nur diejenigen

Ausländer in den Genuß eines Stipendiums, die bereits sehr gute Deutschkenntnisse nachweisen konnten. Erstmals konnte der DAAD, auch einer größeren Anzahl von Studenten aus dem Ostblock die Teilnahme an internationalen Ferienkursen für neue Musik in Darmstadt ermöglichen. 24 junge Tschechen, Ungarn, Polen und Jugoslawen erhielten dazu DAAD-Stipendien.

Besonders gering ist die Zahl deutscher Studenten, die vonseiten des DAAD Stipendien zum Besuch ausländischer Ferienkurse erhielten. Der deutsche Student konnte im heurigen Jahr unter mehr als 125 Kursen in Italien, Frankreich, England oder Irland wählen. Das Programm dieser Kurse erstreckte sich vom Sprachkurs für Anfänger bis zum anspruchsvollen Literaturkurs für Anglisten oder Romanisten und einige Hochschulen hielten auch Spezialkurse für Juristen, Archäologen, Mediziner und Historiker ab.

Bei der Diskussion um die Stipendienvergabe an Ausländer wird sehr oft die Frage gestellt, inwieweit eine finanzielle Unterstützung von Ausländern sinnvoll ist. In Japan wurde im Vorjahr eine Vereinigung ehemaliger DAAD-Stipendiaten gegründet. Von dieser Vereinigung erhielt nun die Zentrale des Deutschen Akademischen Austauschdienstes eine Mitgliederliste, in der die Namen von 21 ehemaligen Stipendiaten vermerkt sind, die zwischen 1950 und 1964 für zwei oder drei Jahre an deutschen Universitäten und Hochschulen studiert haben. Zwanzig von ihnen stehen inzwischen als Professoren, Dozenten oder Assistenten im Dienste der Universitäten Kyoto, Kobe und Osaka. Ein einziger der Stipendiaten ist als Chemiker in die Industrie gegangen.

Wenn man nun fachliches Vorankommen und beruflichen Erfolg zum Maßstab dafür nimmt, ob die Stipendienförderung ausländischer Studenten Früchte trägt, dann kann der DAAD, abgesehen vom japanischen Beispiel, erfreulicherweise auch von früheren Stipendiaten aus anderen Ländern Süd-Ostasiens und aus Lateinamerika Gutes berichten. Der Meßbarkeit weitgehend entzogen sind dagegen die Ergebnisse von Studienaufenthalten europäischer und nordamerikanischer Stipendiaten, die in der Regel nur für ein Jahr nach Deutschland eingeladen werden.

Um das oben Gesagte in den richtigen Proportionen zu sehen, darf der stichprobenartige Charakter dieser Zeugnisse nicht verschwiegen werden. Eine Erfolgskontrolle großen Stils fehlt noch, nicht nur beim DAAD. Daß nahezu alle Länder, auch die USA, auf diesem Gebiet „schwimmen“, wurde erst kürzlich wieder auf einer Tagung der OECD deutlich. Es fehlt vielfach an Zeit und Geld, um das wichtige Feld „Erfolgskontrolle und Nachkontakte“ intensiv pflegen zu können.

Dennoch bemüht sich der DAAD im Rahmen des Möglichen um eine umfassende Erfolgskontrolle, wobei drei Fragestellungen im Vordergrund stehen: 1. Waren die Stipendiaten bei ihrem Studium in Deutschland erfolgreich? 2. Konnten sich die ehemaligen Stipendiaten in ihren Heimatländern beruflich durchsetzen? 3. Besteht bei den ehemaligen Stipendiaten Interesse an weiteren Kontakten zu Deutschland? Da erstmals eine größere Gruppe ausländischer DAAD-Stipendiaten, die zum Vollstudium nach Deutschland gekommen war, in diesem Jahr examensreif wurde, wird sich Ende 1964 eine Antwort zu der ersten Frage geben lassen. Die DAAD-Zweigstellen in Kairo und New Delhi werden der zweiten Frage intensiver nachgehen. Die dritte Frage ist teilweise schon beantwortet. Der DAAD schickt seinen ehemaligen Stipendiaten auf Wunsch eine freigewählte Fachzeitschrift.

Wie der Deutsche Akademische Austauschdienst erfuh, hat die American Association of University Women, Stipendien zum Studium in den USA ausgeschrieben, um die sich auch deutsche Studentinnen bewerben können. An Alter und Fachrichtung der Bewerberinnen sind keine Bedingungen geknüpft, doch kommen nur Studentinnen in Frage, die mindestens vier Semester an einer deutschen Hochschule studiert bzw. bereits ein Vorexamen abgelegt haben. Selbstverständlich werden gute Englischkenntnisse und die Vorlage eines Planes über die in den USA beabsichtigten Studien vorausgesetzt. Die Stipendien werden für das Studienjahr 1965/66 vergeben und sind — bei Gebührenfreiheit an der amerikanischen Hochschule, aber ohne Reisekostenhilfe — mit \$ 2,500 dotiert.

Jahresbericht 1963 der Stiftung Volkswagenwerk

Die Stiftung Volkswagenwerk, die im dritten Jahre ihres Wirkens steht, legte in diesen Tagen im Rahmen einer Pressekonferenz ihren zweiten Jahresbericht vor, in dem sie einen Überblick über ihre Tätigkeit im Jahr 1963 gibt. Die Stiftung, die sich bekanntlich zur Aufgabe gestellt hat, Wissenschaft und Technik in Forschung und Lehre zu fördern, besitzt keine eigenen Forschungseinrichtungen, sondern sie konzentriert sich ausschließlich darauf, finanzielle Mittel für die Durchführung von Forschungsvorhaben bereitzustellen. Ihre Förderungstätigkeit, die den gesamten Bereich der Wissenschaft umfaßt, weist eine Reihe von Schwerpunkten auf, wobei sie sich keineswegs auf die Naturwissenschaften beschränkt. So wurden z. B. nicht nur für die Medizin erhebliche Mittel bereitgestellt und auch die Physikalische Biologie besonders gefördert, sondern die Geisteswissenschaften wurden ebenfalls stark berücksichtigt. Eine eigene Konzeption der Vergabe von Forschungsmitteln beginnt sich zunehmend abzuzeichnen. Im Rahmen dieser Konzeption bemühte sich die Stiftung im Jahre 1963 vor allem auch darum, ihre Mittel dort anzusetzen, wo schnelle und unbürokratische Entscheidungen erforderlich waren, wo mit Modellen und Experimenten des öfteren auch ein Risiko eingegangen werden mußte und wo mit Hilfe der Finanzierung von Starhilfen der Anstoß gegeben werden sollte, neue Projekte in Gang zu bringen.

Die Einnahmen der Stiftung beliefen sich im Berichtsjahr auf 143 Mio. DM, von denen 141,4 Mio. DM für den Satzungszweck folgendermaßen aufgeteilt wurden: 25,4 Mio. DM für das sogenannte „Vorab Niedersachsen“ (Mittel, die das Land Niedersachsen gesondert erhält, die jedoch ebenfalls entsprechend den Stiftungsbestimmungen vergeben werden müssen), 29 Mio. DM als regionale Mittel an die einzelnen Bundesländer, die nach einem bestimmten Schlüssel verteilt wurden, und 87 Mio. DM als überregionale Mittel. Das Kuratorium der Stiftung vergab davon jedoch nur 15,5 Mio. DM für das „Vorab Niedersachsen“ und reservierte 68 Mio. DM für regionale und überregionale Mittel, es wurden im Berichtsjahr jedoch nur 49 Mio. DM davon aberufen. Zu den zu Anfang 1963 vorliegenden 116 Anträgen mit einer Gesamthöhe von 58 Mio. DM kamen während des Jahres weitere 297 Anträge mit 136 Mio. DM hinzu. Bewilligt wurden 193 Anträge mit 42,5 Mio. DM. Eine statistische Analyse der im Berichtsjahr bewilligten Mittel zeigt, daß Forschungsvorhaben auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften insgesamt ebenso hohe Zuwendungen erhielten wie die der Naturwissenschaften. Die bereits 1962 vorbereiteten oder begonnenen Programme der Stiftung Volkswagenwerk — Wohnraumbeschaffung für Gastprofessoren und -dozenten, Stiftungsstipendien, Beschaffung von Großgeräten, Förderung der historisch-kritischen Gesamtausgaben deutscher Musiker oder Forschungen über Ballungsräume — konnten in der Berichtszeit fortgeführt und vermehrt werden. Der Betrag, der für das Programm Wohnraumbeschaffung für Gastprofessoren und -dozenten zur Verfügung gestellt wurde, mußte im Berichtsjahr auf 15 Mio. DM aufgestockt werden. Dies kann als Zeichen dafür gewertet werden, daß diese Maßnahme auf das lebhafteste Interesse aller Hochschulen stieß. Für die Beschaffung von wissenschaftlichen Großgeräten, für die die staatliche Etats (besonders auf dem Gebiet der Großgeräte, die durch technische Entwicklung sehr rasch veralten) den echten Bedarf in diesem Bereich nicht folgen können, bewilligte die Stiftung 7,6 Mio. DM. Für die Förderung der Bibliotheken, ein Problem, mit dem man sich besonders auseinandersetzte — damals lagen die Empfehlungen des Wissenschaftsrates noch nicht vor —, wurden insgesamt 3 Mio. DM aufgewendet, um die großen Bücherverluste, die durch den letzten Krieg verursacht worden sind, etwas auszugleichen. Auch für den Ankauf von Kunstwerken oder bedeutenden Sammlungen bewilligte die Stiftung nach eingehender Prüfung außerordentliche Mittel, um eine Abwanderung ins überseeische Ausland und damit den Verlust für die deutsche Wissenschaft zu verhindern. Besonderer Erörterungen im Kuratorium und auch Verhandlungen mit führenden Organisationen bedurfte es, bis sich die Stiftung durchringen konnte, Stipendien zur Förderung hervorragender Begabungen zu vergeben. Auf diese Weise sollen Doktoranden, die zu besonderen wissenschaftlichen Hoffnungen berechtigen, unterstützt werden, damit sie ihre Dissertationen ohne materielle Sorgen und sonstige Arbeitsverpflichtungen vollenden können. Besonders begabten Nachwuchskräften wird in Sonderfällen für die Weiter-

bildung durch ein sinnvolles zweites Studium ein sogenanntes Zweitstipendium gewährt. Insgesamt wurden für diese Zwecke 6 Mio. DM im Berichtsjahr aufgewendet. Ein sehr interessantes Projekt fördert die Stiftung an der Medizinischen Fakultät der Universität Tübingen. Für mehrere Jahre finanziert man den Einsatz einer Gruppe von Tutoren (Instruktoren), die an acht Kliniken in kleinen Gruppen die praktische Arbeit vertiefen helfen und damit die großen Vorlesungen in den einzelnen Fächern ergänzen. Das Projekt, bei dem es sich um den ersten größeren Versuch dieser Art handelt, wird nur für eine begrenzte Zeit finanziert, und es sollen die dabei gewonnenen Erfahrungen kritisch geprüft und publiziert werden, womit die Stiftung einen besonderen Beitrag zur Diskussion und die Frage des Tutorenprogramms liefert. Die Bemühungen zu wissenschaftlichen Untersuchungen über das „programmierte Lernen“ im Jahre 1963 hat die Stiftung in diesem Jahr bereits zur Gründung eines „Arbeitskreises zur Förderung und Pflege der wissenschaftlichen Methoden des Lehrens und Lernen e. V., Heidelberg“ veranlaßt. Dieser Arbeitskreis wird die auch zuletzt beim Weltkongreß für Fremdsprachenunterricht in Berlin geforderte systematische Erforschung der Fremdsprachendidaktik durchführen und konkrete Vorschläge für das weitere Vorgehen in der Frage des programmierten Unterrichts ausarbeiten.

An laufenden Forschungsvorhaben sind des weiteren besonders hervorzuheben: Das Studium des Problems der Ballungsräume, das den soziologischen Grundlagen künftiger Städteplanung gewidmet ist. Ein anderes größeres Projekt betrifft die Entwicklung des flachen Landes. Die Radio-Astronomie (dieser Zweig der Himmelskunde konnte in der Bundesrepublik bisher nur mit unzureichenden Mitteln betrieben werden), in der der großen wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Bedeutung relativ hohe Kosten gegenüber stehen. In der Unterstützung der wissenschaftlichen Arbeit der Mitglieder der Gesellschaft „Physikalische Biologie“ sieht die Stiftung einer der Möglichkeiten, das immer mehr an Bedeutung gewinnende Gebiet der Physikalischen Biologie zu fördern. Durch die Förderung der limnologischen Forschung, für die 2 Mio. DM bereitgestellt wurden, glaubt man einen wichtigen Beitrag bei der Erforschung der zunehmenden Verunreinigung der Flüsse und Seen durch Abwässer zu leisten. Weitere Forschungsgebiete im Rahmen des Schwerpunktprogramms und im Rahmen der Starhilfe waren die Mißbildungsforschung, die Kariesforschung und die Krebsforschung. Ein Zuschuß von 2 Mio. DM sicherte den Ausbau des Instituts der DECHEMA.

Es wird in dem Bericht jedoch nicht verschwiegen, daß die Stiftung im Jahre 1963 eine merkliche Anzahl von Anträgen auf Bewilligung von Förderungsmitteln nach sorgfältiger Prüfung ablehnen mußte, z. T. weil sie nicht in unmittelbarem Zusammenhang der Wissenschaft und Technik in Forschung und Lehre standen. Es mußten dabei aber auch eine Reihe von Anträgen zurückgewiesen werden, deren Gegenstand einer Förderung dringend bedürftig und würdig erschien, weil sie nicht dem Stiftungszweck entsprachen. Vornehmlich im Bereich des allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulwesens, des Zweiten Bildungsweges sowie der allgemeinen Kultur-, Kunst- und Heimatpflege besteht ein erheblicher Mittelbedarf, der nicht allein vom zuständigen Unterhaltsträger aufgebracht werden kann. Hier wäre vor allem an die Möglichkeit einer der Stiftung Volkswagenwerk entsprechenden großen privaten Stiftung mit dieser besonderen Zweckbestimmung zu denken.

Die aufschlußreiche Erfolgsbilanz des Jahres 1963 beweist, daß die Stiftung Volkswagenwerk Wissenschaft und Technik überall dort unbürokratisch, schnell und wirksam helfen kann, wo andere Quellen fehlen oder nicht ausreichen. Die behutsame Schwerpunktbildung verdeutlicht den Willen der Stiftung, die ihr zur Verfügung stehenden Mittel nicht zu stark aufzuteilen, womit — wie es in ihrem Bericht heißt — eine „Tropfen-auf-dem-heißen-Stein-Politik“ bei der Förderung verhindert wird.

Neben dieser klugen Verwendung der Mittel steht aber auch eine ebenso sparsame Verwendung, und man neigt in der Stiftung eher dazu, nicht verbrauchte Geldmittel sich ansammeln zu lassen, als den strengen Maßstab bei der Auslese und Vergabe aufzugeben. Das bedeutet aber durchaus keine Tendenz zum Thesaurieren, wie Generaldirektor Prof. Dr. Nordhoff als Mitglied des Kuratoriums sagte.

Katholikentag im Zeichen der Bildungsfragen

„Die deutschen Katholiken haben auf dem Feld der Bildung viel aufzuholen. Sie dürften sich nicht immer weiter nur auf die Abwehr wirklicher oder nur vermeintlicher Gefahren einstellen in dem Gefühl, von einer Welt von Henkern umgeben zu sein.“ Diese Worte gebrauchte Hubert Hermanns, Staatssekretär in Rheinland-Pfalz, als er vor dem 80. Deutschen Katholikentag mit schonungsloser Deutlichkeit die katholische Rückständigkeit im Bereich der Bildung analysierte. Die Beschäftigung mit den Naturwissenschaften und der Wissenschaft überhaupt führe den Katholiken in unlösbare Gewissenskonflikte, was Hermanns den „Galilei-Komplex“ nannte. Alois Schardt, ehemaliger Kulturreferent des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, prägte in seinem Referat das Wort von einer „Milieusperre“ der deutschen Katholiken vor den modernen Wissenschaften. „Den Katholiken fehle offenbar noch die Kenntnis davon, welche spezifisch christlichen Aufträge in den sogenannten modernen Berufen zu erfüllen seien.“ Schardt ist weiter der Meinung, daß den jungen Katholiken viel zu wenig über die perso-

nen Entfaltungsmöglichkeiten in den verschiedensten Universitätsstudien gesagt werde. „Es gelte für die katholische Kirche zu verhindern, nach der Arbeiterschaft auch die Intellektuellen aus dem Griff zu verlieren.“ Die Delegiertenversammlung des Katholikentages hat zum Schluß der Konferenz eine Erklärung verabschiedet, in der die Forderungen der Katholiken zur Bildungspolitik, von den Erneuerungsbedürftigen Dorfschulen bis hin zu den Akademien, genannt werden. Die Kirche wird den mit der Forderung nach höherer Bildung eingeschlagenen Weg einer verstärkten Weltorientierung nun konsequent weiter gehen müssen. Ein Schritt dazu wurde mit dem Beschluß getan, beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken ein Gremium für Bildungsfragen zu errichten, damit es endlich zu einer einheitlichen Meinungsäußerung des deutschen Katholizismus in Bildungsfragen kommt. Nachstehend bringen wir einen Auszug aus der Erklärung der Delegiertenversammlung des 80. Deutschen Katholikentages zur Frage der Bildungspolitik:

Abschnitt VI., (Hochschule)

Im Bildungsgefüge unserer Gesellschaft nehmen die wissenschaftlichen Hochschulen den obersten Rang ein. Sie tragen deshalb gegenüber dem Leben des ganzen Volkes eine besondere Verantwortung.

In der Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden und in der Begegnung des Lernenden mit der Forschung vollzieht sich grundlegend das Bildungsbemühen der Hochschule. Auch kann der verantwortungsbewußte Hochschullehrer kraft seiner Persönlichkeit

starke erzieherische Wirkung erreichen. Die Hochschule als staatliche Institution hat jedoch in der freien Gesellschaft keinen umfassenden Bildungs- und Erziehungsauftrag.

Die katholischen Verbände bejahen die für das deutsche Hochschulwesen charakteristische Einheit von Lehre und Forschung. Sie anerkennen die Notwendigkeit der Spezialisierung und unterstützen zugleich alle Bemühungen, die Einheit der Wissenschaft über die Grenzen der Fächer und Fakultäten hinweg sichtbar zu machen. Besonders die philosophischen und theologischen Fakultäten, die allen Studierenden offenstehen, haben die Aufgabe, das integrierende Gespräch der wissenschaftlichen Disziplinen zu fördern; sie gehören daher zum umfassenden Charakter der Universität. Der vom Wissenschaftsrat empfohlene „Mittelbau“ im akademischen Lehrkörper erscheint als eine geeignete Einrichtung, den Studierenden vornehmlich in den ersten Semestern die Methodik wissenschaftlichen Arbeitens zu erschließen. Zur Vertiefung und zur Verkürzung des Studiums ist eine Neuordnung der Studienordnungen und Prüfungsbestimmungen in manchen Disziplinen dringend geboten.

Doktorpromotion in Deutschland

In diesen Tagen ist als Sonderdruck die Einführung zu dem Lose-Blatt-Band „Hochschulrecht — Promotionsordnungen“*) unter dem Titel „Doktorpromotion in Deutschland“ im Verlag Hochschul-Dienst Dr. Josef Raabe, Bonn, erschienen (136 Seiten, Preis 8,50 DM). Sie behandelt Begriff, Geschichte und gegenwärtige Gestalt der Promotion. Verfasser ist der Herausgeber des Lose-Blattwerks, Dr. Gerhard Bengeser, Ministerialrat beim Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung.

Nach Klärung der wichtigsten mit der Doktorpromotion zusammenhängenden Begriffe geht die Arbeit näher auf die Geschichte der Promotion in Europa ein. Sie schildert die Anfänge des Doktorgrades und des Promotionsverfahrens, behandelt die Verleihung des Doktorgrades an den Kanzler-, Stadt- und Staatsuniversitäten und nimmt nach einem kurzen Hinweis auf die Bedeutung der mittelalterlichen Doktorpromotion zu deren Entwicklung in Deutschland Stellung. Anschließend wird der geltenden Ordnung der Doktorpromotion in der Bundesrepublik Deutschland breiter Raum gewidmet. Hierbei sind insbesondere das Promotionsrecht, das Promotionsverfahren und der Doktorgrad (Wesen und Arten, Führung und Schutz, Vorenthaltung und Entziehung) Gegenstand der Untersuchung. In diesem Zusammenhang findet sich auch eine Betrachtung über die gegenwärtige Bedeutung der Doktorpromotion in Deutschland. Hier werden ihre rechtlichen und praktischen Auswirkungen erörtert, statistische Angaben herangezogen sowie Beanstandungen und Bedenken einerseits, Reformen und Verbesserungen andererseits dargestellt.

Mit einem zentralen Problem befassen sich die Ausführungen über die wissenschaftlichen Erfordernisse der Doktorpromotion in Deutschland. Nach der Feststellung, daß die Wissenschaft Grundlage und Gegenstand der Promotionsleistungen ist, wird der Standort der Doktorpromotion im System der Wissenschaft und im Aufgabenbereich der wissenschaftlichen Hochschule bestimmt. Aussagen der geltenden Promotionsordnungen über die wissenschaftlichen Erfordernisse der ordentlichen und der Ehrenpromotion runden das Bild ab.

Eine Schlußbemerkung faßt einige der wesentlichen Erkenntnisse und Ergebnisse zusammen.

Die katholischen Verbände begrüßen die Errichtung neuer Hochschulen sowie alle Maßnahmen, welche die Leistungsfähigkeit der bestehenden wissenschaftlichen Einrichtungen erhöhen. Sie bejahen Versuche, im Zusammenhang mit den Neugründungen zeitgemäße Wege der Gestaltung zu finden. Diese Reformen sollten nicht auf die geplanten Neugründungen beschränkt bleiben.

Bei voller Würdigung der Verdienste öffentlicher wissenschaftlicher Einrichtungen müssen auch entsprechende Einrichtungen freier gesellschaftlicher Träger anerkannt und gefördert werden.

Die Studentengemeinden und die studentischen Gemeinschaften, vor allem, wenn diese religiös oder weltanschaulich geprägt sind, ergänzen die Bildungsarbeit der Hochschule. Sie bieten hierzu ihre Einrichtungen (Studentenwohnheime, Häuser und Heime der Gemeinden und Gemeinschaften) an. Die vom Wissenschaftsrat angeregte Form der „Kollegienhäuser“ mit dem Anspruch der Universität auf ausschließliche Trägerschaft und Leitung und mit der Zwangseinweisung von Studierenden, lehnen die katholischen Verbände ab.

Studentische Gemeinschaften, die sich um die Persönlichkeitsbildung bemühen, sollten einen festen Platz im Leben der Hochschule einnehmen und großzügiger als bisher gefördert werden.

Aus den Studierenden erwächst ein wichtiger Teil der Führungsschicht von morgen. Deshalb muß ihnen die besondere Hirtensorge der Kirche gelten. Die katholischen Verbände richten an die deutschen Bischöfe die Bitte, den Studentengemeinden einen Status zu geben, der ihrer besonderen Situation gerecht wird. Sie halten es für dringend notwendig, die Zahl der Studentenseelsorger in ein angemessenes Verhältnis zu der Zahl der katholischen Studierenden der jeweiligen Hochschule zu bringen. Die Studentengemeinden sollten auch materiell so ausgestattet sein, daß sie ihre Aufgaben erfüllen können.

*) Vgl. die Besprechung im Hochschul-Dienst Nr. 15/16

Eine „gründliche Bildungsplanung“ in den einzelnen Bundesländern sei die Voraussetzung dafür, daß die kulturpolitische Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern funktioniere, erklärte der nordrhein-westfälische Kultusminister Prof. Paul Mikat in einem Interview. Sie müsse entsprechend langfristig angesetzt werden und angesichts der hohen finanziellen Forderungen „bis weit in die siebziger Jahre“ reichen. Mikat, der zur Zeit Präsident der Kultusministerkonferenz ist, hofft, daß auf der nächsten Konferenz ein Organisationsmodell für eine volle wissenschaftliche Zusammenarbeit der Länder mit dem Bund ausgearbeitet wird. Es stehen zwei Lösungen zur Debatte, auf der einen Seite der Vorschlag, den Wissenschaftsrat um eine Kommission für das Bildungswesen zu erweitern, und andererseits die Errichtung eines selbständigen gemeinsamen Bildungsrats. Im nordrhein-westfälischen Kultusministerium werden derzeit Berichte über die Struktur der Pädagogischen Hochschulen, des ländlichen Schulwesens, der weiterführenden Schulen und über den Ausbau des Erwachsenenbildungswesen ausgearbeitet, die dem Kabinett sowie dem Landtag vorgelegt und der Öffentlichkeit unterbreitet werden sollen.

Für die Schaffung eines nationalen Bildungsplanes hat sich Dr. Berthold Martin, Vorsitzender des kulturpolitischen Ausschusses des Bundestages, eingesetzt. Die Kulturpolitik der Landesregierungen müsse koordiniert werden, nachdem die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern zur Finanzierung von Wissenschaft und Forschung geklärt sei. Den Vorschlag der FDP, einen eigenen Bildungsrat ins Leben zu rufen, hält der CDU-Politiker für nicht sehr vorteilhaft. Martin will sich bald um Gespräche mit den anderen Parteien bemühen.

Den Vorschlag der SPD für eine „bildungspolitische Koalition“ zwischen allen drei Parteien hat MdB Waldemar von Knoeringen im Pressedienst seiner Partei erneuert. Knoeringen stimmte dem CDU-Abgeordneten Martin somit zu, der sich für einen nationalen Bildungsplan eingesetzt und ebenfalls eine Aussprache mit den anderen Parteien über Bildungsfragen vorgeschlagen hat. Knoeringen schlägt seinerseits vor, daß die drei Parteien Unterhändler mit einer Verhandlungsvollmacht ihres Parteivorstandes benennen, die über den „Bildungsnotstand“ beraten sollen.

Die FDP hat auf einer kulturpolitischen Bundestagung Ende August in Oldenburg die Bildung eines Wissenschaftsrates unter Vorsitz von Bundesminister Lenz gefordert. Der niedersächsische Kultusminister Mühlendorf nannte es die Absicht seiner Partei, einer einheitlichen bundesdeutschen Schul- und Kulturpolitik zum Durchbruch zu verhelfen.

Bundesforschungsminister Hans Lenz hat bessere Arbeitsstätten für Wissenschaftler gefordert, um dem Abwandern von jungen Wissenschaftlern aus der Bundesrepublik erfolgreich entgegenzuwirken. „Wir müssen in Deutsch-

land Arbeitsstätten, Laboratorien, Institute und Möglichkeiten schaffen, die es attraktiv erscheinen lassen, daß unsere jungen Wissenschaftler wieder zurückkommen“, betonte Lenz nach einem im „Bulletin“ veröffentlichten Rundfunkinterview. Der Minister ist zuversichtlich, daß darauf von deutscher Seite reagiert werde.

Über 500 Millionen DM werden die Bauinvestitionen für Hochschulen, Universitäten und Hochschulkliniken 1964 nach Schätzungen des Statistischen Bundesamtes betragen. Wie das Institut für Städtebau, Wohnungswirtschaft und Bausparwesen in Bonn mitteilte, werden sich diese Investitionen damit gegenüber 1962 um rund 35 Prozent erhöhen. Insgesamt sind von Bund, Ländern und Gemeinden seit der Währungsreform mehr als 3,3 Milliarden Mark für Bau und Instandsetzung von Hochschulen und Universitäten aufgewendet worden.

Das Kanzlerprinzip soll jetzt an vier bayerischen Universitäten eingeführt werden. Der Senat der Münchner Universität machte den Anfang und stimmte in seiner jüngsten Sitzung der Berufung des Regierungsdirektors Gotthard Hasemann aus dem Kultusministerium in das neugeschaffene Amt zu. Das Amt des Kanzlers soll mit mehr Vollmachten ausgestattet sein, als das des bisherigen Syndikus, um damit die Verwaltung der Universität stabiler und unabhängiger zu machen, vor allem auch in Hinblick darauf, daß der Rektor der Hochschule in jährlichem Turnus wechselt. Hasemann ist Volljurist und kümmerte sich bisher im Kultusministerium um die politischen Wissenschaften.

Der Grundstock für die Bremer Universität ist mit der Bewilligung von 2,2 Millionen Mark durch die Volkswagenstiftung für den Erwerb eines 14 000 Quadratmeter großen Grundstückes endlich geschaffen worden. Das Bremer Universitätsprojekt gelangt damit in ein sichtbares neues Stadium. Wohnblocks auf diesem Grundstück, die zunächst für Angehörige des amerikanischen Konsulats gebaut wurden, werden später für die ausländischen Dozenten der Bremer Universität als Wohnungen dienen. Der Gründungsrektor, der Kurator mit seinem Stab und das Universitätsbauamt sollen für eine Übergangszeit zentral in diesen Gebäuden untergebracht werden.

Ein soziologisches Vollstudium ist ab Wintersemester 1964/65 auch an der Wirtschaftshochschule Mannheim möglich. Es können somit an der Wirtschaftshochschule Mannheim folgende Diplomprüfungen abgelegt werden: Diplom-Kaufmann, Diplom-Handelslehrer, Diplom-Volkswirt und Diplom-Soziologe. Die Einführung des soziologischen Studienganges wurde durch Erlass vom 4. August 1964 mit Genehmigung der vorläufigen Prüfungsordnungen durch den Kultusminister von Baden-Württemberg gestattet.

In Niedersachsen trat mit dem 1. September ein neues Studentenschaftsrecht in Kraft, das von der Westdeutschen Rektorenkonferenz begrüßt und als Grundlage der Regelung in den anderen Ländern der Bundesrepublik empfohlen wurde. Das neue niedersächsische Studentenschaftsrecht enthält im wesentlichen nur organisationsrechtliche Rahmenbestimmungen. Mit Hilfe eigener Satzungen sollen diese Rahmenbestimmungen von den Studentenschaften erweitert werden. Durch diese Neuordnung wird die Studentenschaft zu einer verfassungsmäßigen Körperschaft der jeweiligen Hochschule.

Eine unabhängige „bayerische Schulkommission“ wurde von Ministerpräsident Dr. Alfons Goppel zur Überprüfung der bayerischen Schulen, der Lehrerbildung etc. berufen. Zum Sprecher der Kommission, der Experten für alle Schulformen angehören, wurde der Ordinarius für Pädagogik an der Universität München, Prof. Dr. Richard Schwarz, gewählt.

Wissenschaftliche Tagungen im Oktober

Die Paläontologische Gesellschaft, deren Aufgabe in der Förderung und Pflege paläontologischer Grundlagenforschung besteht, veranstaltet vom 1.—7. 10. in Bonn ihre Jahrestagung. — Vom 7.—11. 10. findet in Berlin der 26. Deutsche Historikertag statt. — Der Deutsche Germanisten-Verband lädt für den 19.—24. 10. zu einer Gesamtagung für die Gruppen der Hochschul-Germanisten, der Deutschlehrer und der Dozenten an Pädagogischen Hochschulen nach Essen ein. — Das Thema „Management of Personnel“ wird in einem Symposium der Europäischen Atomenergie-Gesellschaft am 27. und 28. 10. behandelt; Tagungsort ist das Kernforschungszentrum Karlsruhe.

Studentenförderung muß verbessert werden

Eine Erklärung des VDS-Vorstandes

Der Verband Deutscher Studentenschaften appelliert dringend an die zuständigen Gremien des Bundes und der Länder, den Förderungsmessbetrag im Honnefer Modell ab 1965 auf 320,— DM festzusetzen.

Gegenwärtig beläuft sich der Stipendienhöchstsatz auf 250,— DM. Diese Summe reicht nicht aus, auch nur den dringenden Bedarf des Studenten zu decken. Nach den gesetzlichen Ausbildungsbeihilfen werden Stipendien in der Höhe von etwa 380,— DM gewährt.

Der vom VDS angestrebte Förderungsmessbetrag liegt also noch um 60,— DM unter diesen auf die tatsächlichen Lebenshaltungs- und Ausbildungskosten abgestellten Sätzen.

Der VDS fordert in diesem Zusammenhang noch einmal ausdrücklich, die Förderungsbeträge in Zukunft als reine Stipendien und nicht wie bisher zu einem großen Teil als Darlehen zu vergeben. Die vielerorts aus pädagogischen Gründen gewünschte „Risikobeteiligung“ des Studenten ist auch ohne dieses pauschale Kreditverfahren gegeben, solange der Stipendienempfänger gezwungen ist, alle über die Grundkosten hinausgehenden Ausgaben durch Werkarbeit oder durch Darlehen aufzubringen. Eine zusätzliche Schuldenbelastung ist sinnlos und schädlich; sie kann dazu führen, junge Leute aus ärmeren Bevölkerungsschichten vom Studium abzuschrecken. VDS-info-

NEUE REKTOREN UND DEKANE

Aachen: Prof. Dr.-Ing. Volker Aschoff (Elektrische Nachrichtentechnik) wurde für die Zeit vom 1. 10. 64 bis 30. 9. 65 zum Rektor gewählt.

Berlin (TU): Prof. Dr. rer. nat. Paul Hilbig (Markscheidewesen, Bergschadenkunde und Angewandte Geophysik) wurde für die Zeit vom 1. 10. bis 30. 9. 65 zum Rektor gewählt. — Zu Dekanen für den gleichen Zeitraum wurden gewählt: Prof. Dr. phil. Robert Kirchhoff (Psychologie) für die Humanistische Fakultät; Prof. Dr. phil. Friedrich Nerdel (Theoretische Chemie) in der Fakultät für Allgemeine Ingenieurwissenschaften; Prof. Dipl.-Ing. Peter Koller (Städtebau und Siedlungswesen) in der Fakultät für Architektur; Prof. Dr.-Ing. Ewald Grassmann (Eisenbahnwesen) in der Fakultät für Bauingenieurwesen; Prof. Dr.-Ing. habil. Edgar Rössger (Flugführung und Luftverkehr) in der Fakultät für Maschinenwesen; Prof. Dr. agr. Horst Riethus (Gemüsebau) in der Fakultät für Landbau; Prof. Dr. phil. Karl Löhberg (Metallkunde) in der Fakultät für Bergbau und Hüttenwesen; Prof. Dr. phil. Kurt Weichselberger (Statistik) in der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften und Prof. Dr.-Ing. Eberhard Schütz (Allgemeine Elektrotechnik) in der Fakultät für Elektrotechnik.

Bonn: Für das Rektoratsjahr 1964/65 wurde Prof. Dr. phil. Hugo Moser (Ältere Germanistik) zum Rektor gewählt. — Zu Dekanen wurden gewählt: Prof. Dr. theol. Dr. phil. Heinrich Flatten (Kirchenrecht) für die Katholisch-Theologische Fakultät; Prof. Dr. theol. Gerhard Krause (Praktische Theologie) für die Evangelisch-Theologische Fakultät; Prof. Dr. jur. Armin Kaufmann (Strafrecht und Rechtsphilosophie) für die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät; Prof. Dr. med. Adolf Heymer (Innere Medizin) für die Medizinische Fakultät; Prof. Dr. phil. Wolfgang Schmid (Klassische Philologie) für die Philosophische Fakultät; Prof. Dr. rer. nat. Otto Schmitz-Dumont (Chemie) für die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät und Prof. Dr. phil. Dr. rer. techn. Eduard Mückenhausen (Bodenkunde) für die Landwirtschaftliche Fakultät.

Erlangen-Nürnberg: Prof. Dr. Gerhard Friedrich (Neutestamentliche Theologie) wurde für das Amtsjahr 1964/65 zum Rektor gewählt. — Prof. Dr. Walther Löbner (Pädagogik, insbesondere Wirtschaftspädagogik) wurde zum Dekan der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät gewählt.

Hamburg: Prof. Dr. rer. nat. Emanuel Sperner (Mathematik) wurde für die Amtszeit vom 1. 10. 64 bis zum 30. 9. 65 zum Rektor wiedergewählt. — Für den gleichen Zeitraum wurden zu Dekanen wiedergewählt: Prof. Dr. jur. Werner Thieme (Öffentliches Recht und Verwaltungslehre) in der Rechtswissenschaftlichen Fakultät; Prof. Dr. phil. Heinz Kluth (Soziologie) in der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät und Prof. Dr. med. Heinrich Bartelheimer (Innere Medizin) in der Medizinischen Fakultät.

Heidelberg: Für das Amtsjahr 1964/65 wurde Prof. Dr. jur. Wilhelm Gallas (Strafrecht, Prozeßrecht, Rechtsphilosophie) zum Rektor gewählt. — Zu Dekanen für den gleichen Zeitraum wurden gewählt: Prof. Dr. theol. Rolf Rendtorff (Altes Testament) in der Theologischen Fakultät; Prof. Dr. jur. Othmar Jauernig (Bürgerliches Recht und Prozeßrecht) in der Juristischen Fakultät; Prof. Dr. med. Berthold Mueller (Gerichtliche Medizin) in der Medizinischen Fakultät; Prof. Dr. phil. Erich Köhler (Romanische Philologie) in der Philosophischen Fakultät und Prof. Dr.-Ing. Ulrich Hofmann (Anorganische Chemie) in der Naturwissenschaftlich-Mathematischen Fakultät.

Marburg: Prof. Dr. rer. pol. K. Paul Hensel (Volkswirtschaftslehre) wurde für das Amtsjahr 1964/65 zum Rektor gewählt. — Zu Dekanen wurden gewählt: Prof. Dr. Ernst Fuchs (Neues Testament) in der Theologischen Fakultät; Prof. Dr. jur. Gottfried Baumgärtel (Bürgerliches Recht, Zivilprozeßrecht und Rechtsphilosophie) in der Medizinischen Fakultät; Prof. Dr. phil. Heinrich Otten (Orientalistik) in der Philosophischen Fakultät und Prof. Dr. phil. Carl Schott (Geographie) in der Naturwissenschaftlichen Fakultät.

München: Zu Dekanen im Amtsjahr 1964/65 wurden gewählt: Prof. Dr. theol. Dr. phil. Richard Egenter (Mo-

raltheologie) in der Theologischen Fakultät; Prof. Dr. jur. Hans Spanner (Öffentliches Recht) in der Juristischen Fakultät; Prof. Dr. rer. pol. Robert Nieschlag (Betriebswirtschaftslehre) in der Staatswirtschaftlichen Fakultät; Prof. Dr. med. Otto Hug (Strahlenbiologie) in der Medizinischen Fakultät; Prof. Dr. med. vet. Ludwig Kotter (Nahrungsmittelkunde) in der Tierärztlichen Fakultät; Prof. Dr. phil. Hans Wolfgang Müller (Ägyptologie) in der Philosophischen Fakultät und Prof. Dr. rer. nat. Hermann Merxmüller (Systematische Botanik) in der Naturwissenschaftlichen Fakultät.

Saarbrücken: Für die Zeit vom 1. 10. 64 bis 30. 9. 65 wurden zu Dekanen gewählt: Prof. Dr. rer. pol. Adolf Moxter (Betriebswirtschaftslehre) in der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät; Prof. Dr. med. Dr. phil. Robert Ammon (Physiologische Chemie) in der Medizinischen Fakultät; Prof. Dr. phil. Robert Schröter (Klassische Philologie) in der Philosophischen Fakultät und Prof. Dr.-Ing. Friedrich Seel (Anorganische Chemie) in der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät.

Würzburg: Prof. Dr. phil. Wilhelm Arnold (Psychologie) wurde für das Amtsjahr 1964/65 zum Rektor gewählt. — Zu Dekanen wurden gewählt: Prof. Dr. theol. Hermengild Biedermann (Kunde des christlichen Ostens) in der Theologischen Fakultät; Prof. Dr. jur. Walter Sax (Strafrecht, Strafprozeßrecht und Rechtsphilosophie) in der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät; Prof. Dr. med. Horst Schwalm (Geburtshilfe und Gynäkologie) in der Medizinischen Fakultät; Prof. Dr. phil. Kurt Ruh (Deutsche Philologie) in der Philosophischen Fakultät und Prof. Dr. phil. Helmut Grunsky (Mathematik) in der Naturwissenschaftlichen Fakultät.

BERUFUNGEN UND ERNENNUNGEN

a) ordentliche Professoren

Aachen: Oberregierungsrat Dr.-Ing. Herbert Schneekloth wurde zum ordentlichen Professor ernannt und auf das Ordinariat für Schiffbau, Entwurf und Dynamik berufen.

Berlin (FU): Prof. Dr. jur. Klaus Stern hat einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Öffentliches Recht an der Universität Kiel erhalten.

Berlin (TU): Zu ordentlichen Professoren wurden ernannt: Privatdozent Dr.-Ing. Rudolf Zurmühl am Lehrstuhl III für Theoretischen Maschinenbau und a. o. Prof. Dr. Hans Heinrich Baetge am Lehrstuhl für Bodenkunde.

Bonn: Zu ordentlichen Professoren wurden ernannt: a.o. Prof. Dr. rer. nat. Otto Hachenberg (Radioastronomie), Prof. Dr. rer. nat. Wolfgang Priester (Astronomie). — Prof. Dr. Franz Gerl (Volkswirtschaftslehre) erhielt einen Ruf auf den Lehrstuhl für Agrarpolitik an der Universität Gießen.

Braunschweig: Prof. Dr. Dr. Rudolph Weigmann (Pharmakologie) wurde zum ordentlichen Professor ernannt.

Darmstadt: Zu ordentlichen Professoren wurden ernannt: Dr.-Ing. Hubert Beck (Berechnung und Konstruktion von Stahlbetonbauten), Dr.-Ing. Gerhard Piefke (Theoretische Elektrotechnik) und Dr.-Ing. Robert Piloty (Lehrstuhl für Nachrichtenverarbeitung).

Erlangen-Nürnberg: Prof. Dr. Franz Ronneberger/Münster (Politische Wissenschaften) hat den Ruf auf den neu errichteten Lehrstuhl für Politische Wissenschaft angenommen. — Zu ordentlichen Professoren wurden ernannt: Dozent Dr. Wolf Dietrich Fischer/Münster (Orientalische Philosophie); Dozent Dr. Joseph Schütz/München (Slavische Philologie); Privatdozent Dr. Hans Jürgen Bestmann/München (Organische Chemie); Dozent Dr. Werner Schwan/Münster (Geologie); Dozent Dr. Eugen Wirth/Hamburg (Geographie) und Dozent Dr. Erich Kessler/Marburg (Botanik).

Frankfurt: Prof. Dr. phil. Hans-Jürgen Scheuerl/Erlangen wurde auf den ordentlichen Lehrstuhl für Pädagogik II berufen. — Prof. Dr. phil. Lic. theol. Johannes Deninger wurde zum ordentlichen Professor ernannt und auf den Lehrstuhl für katholische Theologie und Didaktik der Glaubenslehre berufen.

Freiburg: a.o. Prof. Dr. med. Jochen Staubesand (Anatomie) wurde auf den ordentlichen Lehrstuhl für Anatomie berufen.

Gießen: Prof. Dr. med. Oskar Grüne / Frankfurt a. M. wurde auf den ordentlichen Lehrstuhl für Gerichtliche Medizin berufen. — Privatdozent Dr. med. vet. Rudolf Rott / Tübingen wurde zum ordentlichen Professor ernannt und auf den Lehrstuhl für Virologie berufen. — Prof. Dr. med. vet. Helmut Fischer / Kuala Lumpur wurde zum ordentlichen Professor ernannt und auf den Lehrstuhl für Tropische und Subtropische Veterinärmedizin berufen.

Göttingen: Privatdozent Dr. jur. Peter Badura (Öffentliches Recht) wurde zum ordentlichen Professor ernannt. — Prof. Dr. rer. nat. Hans-Günter Schlegel (Mikrobiologie) hat einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Mikrobiologie an der Universität Kiel erhalten. — Prof. Dr. Konrad Jacobs (Versicherungsmathematik und Mathematische Statistik) erhielt einen Ruf auf den Lehrstuhl für Mathematische Statistik an der Universität Erlangen-Nürnberg.

Hamburg: Prof. Dr. phil. nat. Horst Drawert / Marburg (Allgemeine Botanik) und Privatdozent Dr. med. Kurt Fleischhauer (Anatomie mit besonderer Berücksichtigung der Neuro-Anatomie) haben den an sie ergangenen Ruf angenommen.

Heidelberg: ao. Prof. Dr. rer. nat. Konrad Jörgens (Angewandte und Praktische Mathematik) und apl. Prof. Dr. med. Kurt Scheer (Medizinische Strahlenkunde) wurden zu ordentlichen Professoren ernannt.

Karlsruhe: ao. Prof. Immanuel Kroecker (Baukonstruktion und Entwerfen II) wurden für die Dauer seiner Zugehörigkeit zum Lehrkörper die akademischen Rechte und die Amtsbezeichnung eines ordentlichen Professors verliehen. — ao. Prof. Dr.-Ing. Karl Selg (Wohnungsbau) und Prof. Dr.-Ing. Wilhelm Schüßler (Nachrichtenverarbeitung II) wurden zu ordentlichen Professoren ernannt.

Kiel: Zu ordentlichen Professoren wurden ernannt: Prof. Dr. Friedrich Maass / Berlin (Altes Testament); Dozent Dr. Peter Raisch / Bonn (Bürgerliches Recht); Privatdozent Dr. Wolfgang Naucke / Kiel (Strafrecht) und Privatdozent Dr. Winfried Vogt / Kiel (Volkswirtschaftslehre).

Mainz: Prof. Dr. med. Klaus Thomsen (Geburtshilfe und Gynäkologie) hat einen Ruf an das Ordinariat seines Faches an der Universität Hamburg erhalten.

Mannheim: Prof. Dr. rer. pol. August Marx (Betriebswirtschaftslehre) erhielt einen Ruf auf das Ordinariat für Betriebswirtschaftslehre an der Universität Innsbruck.

Marburg: Prof. Dr. med. Johannes Rohen / Gießen wurde zum ordentlichen Professor ernannt und auf den Lehrstuhl für Anatomie I berufen. — apl. Prof. Dr. med. Rudolf Buchholz (Geburtshilfe und Frauenheilkunde) wurde mit der kommissarischen Wahrnehmung des ordentlichen Lehrstuhls für Gynäkologie und Frauenheilkunde beauftragt. — Prof. Dr. phil. August Buck (Romanische Philologie) erhielt einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Romanische Philologie der Universität Bonn. — Prof. Dr. phil. Christian Habicht (Alte Geschichte) erhielt einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl seines Faches an den Universitäten Heidelberg und Bonn.

München (TH): Dr. Edgar Lüscher / Illinois wurde zum ordentlichen Professor für Experimentalphysik, Prof. Dr.-Ing. Hans Georg Münzberg / Berlin wurde zum ordentlichen Professor für Flugantriebe ernannt.

Münster: Prof. Dr. phil. Otto Herding (Mittelalterliche Geschichte und historische Hilfswissenschaften) erhielt einen Ruf auf das Ordinariat seines Faches an der Universität Freiburg. — Prof. Dr. med. Werner Klosterkötter (Hygiene und Arbeitsmedizin) erhielt einen Ruf auf das Ordinariat seines Faches am Klinikum Essen. — Privatdozent Dr. Walter Kasper / Tübingen (Dogmatik) wurde zum ordentlichen Professor ernannt.

Saarbrücken: ao. Prof. André Banuls (Neue Deutsche Literaturwissenschaft) wurde zum ordentlichen Professor ernannt. — Prof. Dr. jur. Fritz Brecher / Kiel (Bürgerliches Recht, Handels-, Wirtschafts- und Arbeitsrecht) hat den an ihn ergangenen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl seines Faches angenommen. — Privatdozent Dr. rer. pol. Herbert Hax / Köln hat den an ihn ergangenen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre angenommen.

Stuttgart-Hohenheim: Prof. Dr. Erwin Reisch / Weihenstephan wurde zum ordentlichen Professor für angewandte Betriebslehre ernannt.

Tübingen: Prof. Dr. Max Seckler / München wurde auf das Ordinariat für Fundamentaltheologie, Prof. Dr. Adalbert Bohle / Stuttgart auf das Ordinariat für Allgemeine Pathologie und pathologische Anatomie und Prof. Dr. Jürgen Pfeiffer / Gießen auf das Ordinariat für Neuropathologie berufen. — Prof. Dr. Josef Esser (Bürgerliches Recht, Zivilprozeßrecht, Rechtsphilosophie, Rechtsvergleichung und Versicherungsrecht) hat einen Ruf auf einen Lehrstuhl für Zivilrecht und Zivilprozeßrecht an der Universität Bonn und Prof. Dr. Dieter Pohmer, Direktor der Konzentrationsforschungsstelle, hat einen Ruf auf ein Ordinariat für Betriebswirtschaftslehre an der Universität Frankfurt erhalten.

Würzburg: Prof. Dr. jur. Heinz Paulick (Finanz-, Wirtschafts- und Sozialrecht) erhielt einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Steuerrecht an der Universität Köln. — Dozent Dr. Werner Goetz / Frankfurt wurde zum ordentlichen Professor der Geschichte ernannt. — Prof. Dr. phil. Wilhelm Arnold (Psychologie) erhielt einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl seines Faches an der Universität Bochum.

b) außerordentliche Professoren

Clausthal-Zellerfeld: Dr. Hans Walter Hennicke / Aachen wurde zum außerordentlichen Professor ernannt und auf den Lehrstuhl für Steine und Erden berufen.

Darmstadt: Dozent Dr. rer. nat. Eugen Fick wurde zum außerordentlichen Professor ernannt und auf den Lehrstuhl für Theoretische Festkörperphysik berufen.

Erlangen-Nürnberg: Prof. Dr. phil. Werner Traxel (Psychologie) erhielt einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl seines Faches an den Universitäten Marburg und Kiel. — Prof. Dr. Heinrich Hüsch / Köln wurde zum außerordentlichen Professor der Musikwissenschaft ernannt.

Gießen: Privatdozent Dr. med. Andreas Oksche / Kiel hat den an ihn ergangenen Ruf auf den außerordentlichen Lehrstuhl für Anatomie angenommen.

Hamburg: apl. Prof. Dr. med. Dr. rer. nat. E. Effenberger / Bonn hat den an ihn ergangenen Ruf auf das Extraordinariat für Arbeitsmedizin und Industriehygiene angenommen. — Dr. Erwin Weiss / Genf erhielt einen Ruf auf das Extraordinariat für Spezielle Anorganische und Analytische Chemie. — Prof. Dr. med. dent. Erich Haussner (Kieferorthopädie) erhielt einen Ruf auf das Ordinariat für Zahnheilkunde an der Universität Bonn.

Heidelberg: Prof. Dr. Günter Ule / Kiel wurde zum außerordentlichen Professor ernannt und auf den Lehrstuhl für Neuropathologie berufen.

Marburg: Prof. Dr. med. et phil. Helmut Ehrhardt (Psychiatrie und Neurologie) wurde zum außerordentlichen Professor ernannt.

Saarbrücken: Privatdozent Dr. phil. Mohammed Rassem / München hat den an ihn ergangenen Ruf auf das Extraordinariat für Vergleichende Kultur- und Gesellschaftswissenschaften Europas angenommen.

c) Honorarprofessoren

Aachen: Carl Schneiders, Lehrbeauftragter für Freihandzeichnen und Aquarellieren, wurde zum Honorarprofessor ernannt.

Berlin (TU): Zu Honorarprofessoren wurden ernannt: Direktor Gerhard Eggers für das Lehrgebiet Technik des Vertikalfluges und Prof. Dr. Erich Kähler für das Lehrgebiet Mathematik.

Darmstadt: Dr.-Ing. Kurt Schaar, Lehrbeauftragter für Werkstoffe bei hohen und tiefen Temperaturen, wurde zum Honorarprofessor ernannt.

Erlangen-Nürnberg: Dr. med. Dr. med. dent. Fritz Schön / Bad Reichenhall wurde zum Honorarprofessor für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde ernannt.

Mainz: Dipl.-Ing. Dr. Fritz Lindner (Biochemische Arzneimittel) wurde zum Honorarprofessor ernannt.

München (TH): Zu Honorarprofessoren wurden ernannt: Dr. rer. nat. Heinz Gumin für das Fachgebiet Mathematische Logik und Informationsverarbeitung und Dr.-Ing. Walter Hartel für das Fachgebiet Starkstromtechnik.

d) Wissenschaftliche Räte

Berlin (TU): Privatdozent Dr.-Ing. Johannes Gerlach (spezielle Kinetik metallurgischer Prozesse) wurde zum Wissenschaftlichen Rat ernannt.

Bonn: Zu Wissenschaftlichen Räten wurden ernannt: Prof. Dr. rer. nat. Heinz Breuer (Physiologische und klinische Chemie) und Prof. Dr. rer. nat. Ernst Lubnow (Zoologie).

Frankfurt: Zu Wissenschaftlichen Räten wurden ernannt: Privatdozent Dr. phil. nat. Peter Dembowski am Mathematischen Seminar und Dr. med. Reinhard Redhardt am Institut für gerichtliche und soziale Medizin.

Göttingen: Prof. Dr. rer. nat. Ruth Gruhn (Angewandte Genetik) wurde zur Wissenschaftlichen Rätin ernannt.

Kiel: apl. Prof. Dr. med. Heinz Völkel (Medizinische Psychologie und Psychotherapie) wurde zum Wissenschaftlichen Rat ernannt.

Marburg: Zu Wissenschaftlichen Räten wurden ernannt: Dr. med. Ilse Hennis (Kieferorthopädie), Dr. med. Hans Hermann Kreutz (wiss. Assistent), apl. Prof. Dr. phil. Richard Hamann-Mac Lean (Kunstgeschichte) und Dozent Dr. Hubert Schmidbaur (Anorganische Chemie).

Tübingen: Prof. Dr. med. Klaus Mörke (Anatomie und Entwicklungsgeschichte) wurde zum Wissenschaftlichen Rat ernannt.

e) außerplanmäßige Professoren

Aachen: Privatdozent Dr. phil. habil. Carl von Basel (Elektronische Schwingungs-Meßtechnik) wurde zum außerplanmäßigen Professor ernannt.

Bonn: Privatdozent Dr. rer. nat. Josef Semann (Agrarmeteorologie) wurde zum außerplanmäßigen Professor ernannt.

Braunschweig: Privatdozent Dr. rer. nat. Adolf Brauns (Zoologie) wurde zum außerplanmäßigen Professor ernannt.

Düsseldorf: Zu außerplanmäßigen Professoren wurden ernannt: Privatdozent Dr. med. Dr. phil. Hans-Joachim Haase, Oberarzt am Rheinischen Landeskrankenhaus Düsseldorf; Privatdozent Dr. med. Günter Janssen, Oberarzt an der Kinderklinik Düsseldorf; Privatdozent Dr. med. Dr. med. dent. Horst-Eberhard Grewe, Oberarzt an der Chirurgischen Klinik, und Privatdozent Dr. med. Dr. med. dent. Rudolf Stellmach, Oberarzt an der Klinik für Kiefer- und Gesichtschirurgie.

Erlangen-Nürnberg: Privatdozent Dr. phil. Irmgard Höß (Mittlere und Neuere Geschichte) wurde zur außerplanmäßigen Professorin ernannt.

Frankfurt: Zu außerplanmäßigen Professoren wurden ernannt: Privatdozent Dr. med. Dr. phil. nat. Helmut Pauly (Biophysik), Privatdozent Dr. med. Karl Schöffling (Innere Medizin) und Privatdozent Dr. med. Günther Wilhelm (Kinderheilkunde).

Freiburg: Zu außerplanmäßigen Professoren wurden ernannt: Dozent Dr. med. Friedrich Wöhler (Innere Medizin) und Dozent Dr. med. Otto Heidenreich (Pharmakologie).

Hannover (TiHo): Zu außerplanmäßigen Professoren wurden ernannt: Privatdozent Dr. med. vet. Hans-Hasso Frey (Pharmakologie) und Privatdozent Dr. med. vet. Wilhelm Brass (Experimentelle Therapie und Kleintierkrankheiten).

Heidelberg: Zu außerplanmäßigen Professoren wurden ernannt: Privatdozent Dr. phil. Fritz Trautz (Mittelalterliche und Neuere Geschichte) und Privatdozent Dr. med. Benno Hess (Innere Medizin).

Karlsruhe: Privatdozent Dr. rer. nat. Karl-Heinz Bekurts (Physikalische Grundlagen der Reaktortechnik) wurde zum außerplanmäßigen Professor ernannt.

Kiel: Zu außerplanmäßigen Professoren wurden ernannt: Privatdozent Dr. agr. Heinz Vetter (Acker- und Pflanzenbau), Privatdozent Dr. rer. nat. Helmut Stremme (Bodenkunde) und Privatdozent Dr. phil. Dieter Timpe (Klassische Altertumskunde).

Köln: Zu außerplanmäßigen Professoren wurden ernannt: Privatdozent Dr. med. Kurt-Alphons Jochheim (Neurologie und Psychiatrie) und Dr. med. Willi Leger (Orthopädie).

Mainz: Prof. Dr. phil. Erich Lüdeckens (Ägyptologie) erhielt einen Ruf auf den neu geschaffenen Lehrstuhl seines Faches an der Universität Würzburg. — Prof. Dr. phil. Josef Stallmach (Philosophie) erhielt einen Ruf auf den Lehrstuhl seines Faches an der Pädagogischen Hochschule Neuß.

Marburg: Dozent Dr. med. Johann Maurath (Chirurgie) wurde zum außerplanmäßigen Professor ernannt.

München: Zu außerplanmäßigen Professoren wurden ernannt: Privatdozent Dr. med. Werner Grill (Chirurgie), Privatdozent Dr. med. Hans Blömer (Innere Medizin) und Privatdozentin Dr. Dorothee Carstens (Römische Philologie).

Münster: Zu außerplanmäßigen Professoren wurden ernannt: Privatdozent Dr. med. Erich Witzleb (Angewandte Physiologie), Privatdozent Dr. med. Wolfgang Ulmer (Innere Medizin) und Privatdozent Dr. med. Fritz Kemper (Pharmakologie und Toxikologie).

Saarbrücken: Privatdozent Dr. phil. Max Mangold (Phonologie und Phonetik) wurde zum außerplanmäßigen Professor ernannt.

Würzburg: Zu außerplanmäßigen Professoren wurden ernannt: Dozent Dr. med. Dietrich Henschler (Pharmakologie und Toxikologie), Privatdozent Dr. med. Helmut Kleinfelder (Innere Medizin) und Privatdozent Dr. med. Gerhard Heinrich (Chirurgie).

f) Dozenten und Privatdozenten

Aachen: Es habilitierten sich und wurden zu Privatdozenten ernannt: Dr.-Ing. Siegfried Bosniakowski für Sondergebiete des konstruktiven Ingenieurbaus, Dr.-Ing. Johann Spettmann für Markscheidekunde, Dr. phil. Siegfried Filippi für Praktische Mathematik, Dr.-Ing. Franz Neumann für Metallurgie des Gießereiwesens und Dr.-Ing. Wolfgang Trier für Technologie des Glases.

Berlin (FU): Privatdozent Dr. phil. Fritz Eiden/Marburg (Pharmazeutische Chemie) hat den an ihn ergangenen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl seines Faches zum 1. 1. 65 angenommen.

Berlin (TU): Dr. rer. pol. Hans H. Lechner (Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft) ist zum beamteten Privatdozenten ernannt worden.

Bonn: Zu Dozenten wurden ernannt: Privatdozent Dr. rer. nat. Ulrich Heber (Allgemeine Botanik) und Dr. Ernst Kullmann, z. Z. Universität Kabul (Zoologie und Parasitologie).

Erlangen-Nürnberg: Privatdozent Dr. phil. Hugo Steger (Deutsche Philologie) erhielt einen Ruf auf das Ordinariat seines Faches an der Universität Kiel. — Zu Universitätsdozenten wurden ernannt: Dr. Heinz Sucker (Pharmazie und pharmazeutische Technologie), Dr. Erwin Tretzel (Zoologie), Dr. Hermann Göhr (Physikalische Chemie) und Dr. Carl-Gerold Arnold (Botanik).

Frankfurt: Zu Privatdozenten wurden ernannt: Dr. phil. Ernst Hojer (Pädagogik), Dr. phil. nat. Helmut Determann (Chemie), Dr. phil. nat. Karl-Heinz König (Anorganische Chemie), Dr. rer. nat. Ludwig Müller (Botanik), Dr. phil. nat. Peter Rosenmund (Organische Chemie) und Dr. rer. pol. Eva Bössmann (Volkswirtschaftslehre). — Privatdozent Dr. jur. Kurt H. Biedenkopf (Bürgerliches Recht, Handels-, Wirtschafts- und Arbeitsrecht) hat einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Handels- und Wirtschaftsrecht an der Universität Bochum erhalten. — Privatdozent Dr. jur. Spiros Simitis (Bürgerliches Recht, Handels- und Wirtschaftsrecht, Internationales Privatrecht) hat einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl seines Faches an der Universität Gießen erhalten.

Göttingen: Privatdozent Dr. jur. Joseph Georg Wolf hat einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Römisches Recht an der Universität Freiburg, Privatdozent Dr. rer. nat. Heinz Georg Wagner (Physikalische Chemie) hat einen Ruf auf ein Ordinariat seines Faches an der Universität Bochum erhalten.

Hamburg: Privatdozent Dr. jur. Klaus Vogel (Staats- und Verwaltungsrecht einschließlich Finanz- und Steuerrecht) erhielt einen Ruf auf ein Extraordinariat für Steuerrecht an der Universität Erlangen-Nürnberg. — Privatdozentin Dr. phil. Elisabeth Ströker (Philosophie) erhielt einen Ruf auf das Ordinariat ihres Faches an der Pädagogischen Hochschule Oldenburg. — Privatdozent Dr. rer. nat. Georg Schneider (Pharmakognosie) erhielt einen Ruf auf das Extraordinariat seines Faches an der Universität Frankfurt.

Heidelberg: Privatdozent Dr. jur. Wilhelm Karl Geck (Deutsches und ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht) erhielt einen Ruf auf ein neu zu errichtendes Ordinariat für Staats- und Verwaltungsrecht an der Wirtschaftshochschule Mannheim. — Zu Privatdozenten wurden ernannt: Dr. phil. Ewald Vetter (Kunstgeschichte), Dr. rer. nat. Ulrich Hauser (Physik), Dr. rer. pol. Hans-

Jürgen Vosgerau (Volkswirtschaftslehre) und Dr. Joachim Knappe, wiss. Assistent am Organisch-Chemischen Institut.

Köln: Zu Privatdozenten wurden ernannt: Dr. med. Gerhard Pulverer (Hygiene und Mikrobiologie), Dr. med. Jürgen Stegemann (Physiologie, insbesondere Arbeitsphysiologie), Dr. med. Dr. phil. Paul Bresser (Neurologie und Psychiatrie), Dr. med. Friedrich Otto Huhn (Geburtshilfe und Frauenheilkunde), Dr. med. Hans Gehl (Chirurgie), Dr. med. Gerhard Uhlenbruck (Immunbiologie) und Dr. med. Herbert-Maria Heinisch (Kinderheilkunde).

Mainz: Privatdozent Dr. theol. Wolfgang Nastainczyk (Praktische Theologie) erhielt einen Ruf auf den Lehrstuhl für Pädagogik an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Regensburg.

Marburg: Zu Dozenten wurden ernannt: Privatdozent Pfarrer Dr. Erich Gräßer (Neues Testament) und Privatdozent Dr. rer. pol. Fritz Philipp. — Dozent Dr. phil. Ferdinand Merz (Psychologie) erhielt einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl seines Faches.

München: Privatdozent Dr. med. vet. Gerhard Terplan hat einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Milchhygiene an der Tierärztlichen Hochschule Hannover erhalten. — Dozent Dr. rer. nat. Franz Baumgärtner (Radiochemie) erhielt einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl seines Faches an der Universität Heidelberg.

Würzburg: Dr. med. Ludwig Hübner (Orthopädie) wurde zum Privatdozenten ernannt. — Dozent Dr. phil. Franz-Josef Schmale (Mittlere und Neuere Geschichte) erhielt einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Mittelalterliche Geschichte an der Universität Bochum.

g) Lektoren

Frankfurt: Pierre Renauld wurde zum Lektor für französische Sprache ernannt.

HABILITATIONEN UND VERLEIHUNG DER „VENIA LEGENDI“

Berlin (FU): Dr. phil. Dietrich Kurze Assistent am Friedrich-Meinecke-Institut, erhielt die venia legendi für das Fach Mittelalterliche Geschichte.

Bonn: Die venia legendi wurde verliehen an: Dr. rer. nat. Franz Josef Schwinn für das Lehrgebiet Pflanzenkrankheiten, Dr.-Ing. Hans Zetsche für das Lehrgebiet Geodäsie, Dr. rer. nat. Josef Weier für das Lehrgebiet Reine Mathematik, Dr. theol. Lienhard Delekat für das Lehrgebiet Altes Testament und Dr. rer. nat. Karl-Wilhelm Bauer für das Lehrgebiet Mathematik.

Braunschweig: Dr. Ernst Gerth wurde die venia legendi für Betriebswirtschaftslehre erteilt.

Darmstadt: Die venia legendi wurde erteilt an: Dr. phil. Ernst-Otto Czempel für das Fach Politikwissenschaft, Dr. rer. nat. Friedrich Gudden für das Fach Physik und Dr. rer. nat. Konrad Georg Weil für das Fach Physikalische Chemie.

Erlangen-Nürnberg: Die venia legendi wurde erteilt an: Dr. Werner Schmid für das Fach Strafrecht und Strafprozeßrecht, Dr. Marika Geldmacher-v. Malinckrodt für das Fach Gerichtsmedizinische Chemie, Dr. Hans Joachim Horstmann für das Fach Physiologische Chemie, Dr. med. dent. Peter Weiß für das Fach Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde, Dr. Erich Rügheimer für das Fach Anaesthesiologie und Dr. Paul Werner Meyer für das Fach Betriebswirtschaftslehre.

Frankfurt: Privatdozent Dr. med. Gustav Adebahr (Gerichtliche Medizin) hat sich von Köln nach Frankfurt umhabilitiert.

Freiburg: die venia legendi wurde erteilt an: Dr. rer. nat. Friedhelm Eicker für das Fach Mathematische Statistik, Dr. med. Peter Reisert für das Fach Innere Medizin, Dr. med. Adalbert Gaca für das Fach Chirurgie, Dr. Theodor Fliedner für das Fach Innere Medizin, im besonderen Hämatologie, Dr. jur. Karl Heinz Schindler für die Fächer Römisches Recht und Bürgerliches Recht, Dr. phil. Albert Spitznagel für das Fach Psychologie, Dr. rer. nat. Wolfgang Schwarz für das Fach Mathematik und Dr. Rudolf Jander für das Fach Zoologie.

Göttingen: Die venia legendi wurde erteilt an: Dr. jur. Joseph Georg Wolf für Römisches Recht, Bürgerliches Recht und Neuere Privatrechtsgeschichte, Dipl.-Physiker Dr. rer. nat. Wolfgang Karger für Physiologie und Biophysik, Dr. med. Peter Ritzenfeld für Haut- und

Geschlechtskrankheiten, Dr. med. Dieter Lüders für Kinderheilkunde, Dr. Peter Wilhelm Höllerman für Geographie, Dr. Rudolf Heitefuß für Physopathologie und Pflanzenschutz und Privatdozent Dr. sc. agr. Hans-Hartwig Ruthenberg/TU Berlin im Wege der Umhabilitation für das Fach Landwirtschaftliche Betriebslehre.

Hamburg: Die venia legendi wurde verliehen an: Dr. jur. Wolfgang Thiele für Bürgerliches Recht, Dr. Peter Meyer-Dohm für Volkswirtschaftslehre, Dr. Robert Wittgen für Betriebswirtschaftslehre, Dr. med. Kurt Müller-Wieland für Innere Medizin, Dr. phil. Klaus Bruhn für Indologie, Dr. phil. Geza Siegfried Dombrady für Japanologie, Dr. Wolfgang Villwock für Zoologie, Dr. med. Otto Scheibe für Chirurgie, Dr. phil. Klaus Eyferth für Psychologie, Dr. rer. nat. Wolfgang Wetterling für Mathematik und Dr. rer. nat. Paul Wurster für Geologie und Paläontologie.

Hannover (TH): Es habilitierten sich: Dr. phil. Gerhard Bünemann für das Fachgebiet Obstbau und Dr. agr. Wolfgang Horn für das Fachgebiet Angewandte Genetik.

Heidelberg: Dr. rer. nat. Helmut Scheffler/Tübingen wurde unter Ertelung der venia legendi für das Fach Astronomie umhabilitiert. Die venia legendi wurde verliehen an: Dr. med. Bruno Choné für Strahlenbiologie, Dr. med. Hans Renschler für Innere Medizin, Dr. med. dent. Arnulf Stahl für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde, Dr. Harald Thom für Orthopädie, Dr. med. Walter Baust für Physiologie, Dr. med. Dieter Wolf für Kinderheilkunde, Dr. med. Dr. phil. Hans Georg Haas für Physiologie, Dr. med. Dr. rer. nat. Reinhard Brossmer für Biochemie, Dr. rer. nat. Siegfried Penselin für Physik, Dr. Klaus Müller für Bürgerliches Recht, ausländisches und internationales Privatrecht, Rechtsvergleichung und Dr. phil. Josef Rothleitner für Theoretische Physik. — Privatdozentin Dr. phil. nat. Erika Böhm-Vitense/Kiel wurde unter Ertelung der venia legendi für das Fach Astrophysik umhabilitiert.

Kiel: Die venia legendi wurde verliehen an: Privatdozent Dr. Kurt Vollbrecht für Geologie, Dr. Wolfram Noodt für Zoologie, Dr. Hans Hinzpeter für Meteorologie, Dr. Otto Altkofer für Physik und Dr. Berndt Heydemann für Zoologie.

Köln: Privatdozent Dr. med. Dr. phil. Joseph Rutenfranz/München (Kinderheilkunde) wurde umhabilitiert. — Die venia legendi wurde verliehen an: Dr. phil. Anna Gisela Johnen für Zoologie und Dr. rer. nat. Rudolf Borges für Mathematik.

Mainz: Es habilitierten sich: Dr. Josef Schmitz für Fundamentaltheologie und Religionsphilosophie, Dr. Wolfgang Klaus für Pharmakologie und Toxikologie, Dr. Karl Heinz Weis für Anaesthesiologie, Dr. Manfred Sader für Psychologie, Dr. Heinz Lüneburg für Mathematik und Dr. Ernst Mutschiler für Pharmazie.

Marburg: Es habilitierten sich: Dr. rer. nat. Gottfried Werner für Chemische Pharmakologie, Dr. phil. Wolrad Vogell für Physikalische Biologie. — Dr. med. Elimar Schönhärl/Erlangen-Nürnberg wurde für das Fach Hals-Nasen-Ohrenheilkunde und Sprach- und Stirnheilkunde umhabilitiert.

München: Die venia legendi (mit der das Recht auf Führung der Bezeichnung Privatdozent verbunden ist) wurde erteilt an: Dr. med. Dr. med. dent. Werner Reither für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde, Dr. med. Helmut Schievelbein für Klinische Chemie, Dr. med. vet. Friedrich Hammer für Immunbiologie, Dr. phil. Ernest Schanzer für Englische Philologie, Dr. Wolf-Dieter Grimm für Geologie, Dr. Klaus Helbig für Geophysik, Dr. Hans Adolf Kastrup für Physik, Dr. Dieter Pfirsch für Physik, Dr. Roman Herzog für Staatslehre, Verfassungsrecht und Verwaltungsrecht, Dr. phil. Wolfram Naumann für Japanologie, Dr. phil. Ludwig Söll für Romanische Philologie, Dr. rer. nat. Helmut Schrocke für Mineralogie.

München (TH): Die venia legendi wurde verliehen an: Dr. phil. Klaus Ebert für Technische Chemie, Dr. agr. Rolf Eschenbach für Wirtschaftslehre der Brauerei und Dr. rer. nat. Peter Armbruster für Experimentalphysik.

Münster: Die venia legendi wurde erteilt an: Dr. theol. Ernst Otto Reichert für Kirchengeschichte, Dr. theol. Peter Lenosfeld für Dogmatik und Ökumenische Theologie, Dr. rer. pol. Friedrich Jonas für Soziologie,

insbesondere Sozialphilosophie und Geschichte der Sozialwissenschaft, Dr. rer. pol. Wigand Siebel für Soziologie, Dr. jur. Georg Christoph von Unruh für Verfassungs- und Verwaltungsrecht, Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, Dr. phil. Joachim Matthes für Soziologie, Dr. med. Werner Hütter für Kinderheilkunde, Dr. med. Wilhelm Tünste für Humangenetik, Dr. med. Alfred Kluge für Allgemeine Pathologie und pathologische Anatomie, Dr. med. dent. Reinhard Marxkors für Zahn-, Mund und Kieferheilkunde und Dr. rer. nat. Ferdinand Amelunxen für Pharmakognosie.

Saarbrücken: Die *venia legendi* wurde verliehen an: Dr. med. Ludwig Bette für Innere Medizin, Dr. med. Mathias Krahe für Geburtshilfe und Gynäkologie und Dr. med. Heinz Schmidt für Physiologie, unter gleichzeitiger Ernennung zu Privatdozenten.

Tübingen: Die *venia legendi* wurde verliehen an: Pfarrer Dr. Friedrich Mildenerberger für systematische Theologie, Dr. Walter Thiele für neutestamentliche Textkritik und Dr. Martin Elze für Kirchengeschichte.

LEHRAUFTRÄGE

Berlin (TH): Dr. rer. nat. Joachim Jaenicke erhielt für das WS 1964/65 einen Lehrauftrag über Mathematik für Chemiker, Bergbau- und Hütteningenieure.

Frankfurt: Oberlandesgerichtsrat Dr. jur. Wolfgang Lüddecke erhielt einen Lehrauftrag für Gewerblichen Rechtsschutz.

Mainz: Dr. Henry Abraham / Brooklyn College in New York erhielt für das WS 1964/65 einen Lehrauftrag für Sozialpsychologie.

VERTRETUNGEN

Bonn: Prof. Dr. med. Rolf Maurer (Hals-, Nasen-Ohrenkrankheiten) wurde für die Dauer des WS 64/65 mit der Vertretung des Lehrstuhls für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten und mit der Leitung der Hals-, Nasen- und Ohrenklinik beauftragt.

Hannover (TiHo): Prof. Dr. med. et Dr. med. h. c. Cohrs (Pathologische Anatomie) wurde mit der vertretungsweise Wahrnehmung des ordentlichen Lehrstuhls für Anatomie, Histologie und Embryologie und der Dienstgeschäfte des Direktors des Anatomischen Instituts beauftragt.

Mainz: Universitätsdozent Dr. Karl Anton Nowotny / Wien wurde mit der Vertretung des ordentlichen Lehrstuhls für Völkerkunde auch im WS 1964/65 beauftragt.

Mannheim: Prof. Dr. phil. Walter Mönch (Romanistik) wurde mit der Vertretung des Lehrstuhls für Romanistik im WS 1964/65 beauftragt.

BEURLAUBUNGEN

Mainz: Prof. Dr. rer. nat. Stefan Vogel (Botanik) wurde vom 1. 9. 64 bis 30. 4. 65 zu einem Forschungsaufenthalt in Brasilien beurlaubt.

Münster: Prof. Dr. theol. Joseph Ratzinger (Dogmatik und Dogmengeschichte) wurde für die Dauer des WS 64/65 von der Verpflichtung zur Abhaltung von Vorlesungen und Übungen entbunden, um sich voll seinen im Landesinteresse liegenden Arbeiten widmen zu können. — Dozent Dr. med. Walter Kersten (Physiologische Chemie und Klinische Chemie) wurde für eine Studien- und Forschungsreise nach den USA für die Zeit vom 20. 7. 64 bis 31. 7. 65 beurlaubt. — Prof. Dr. jur. Hans-Ulrich Scupin (Öffentliches Recht mit Berücksichtigung der politischen Wissenschaften, Rechtsphilosophie) wurde für die Dauer des WS 1964/65 beurlaubt, um sich seinen im Landesinteresse liegenden Arbeiten widmen zu können.

EMERITIERUNGEN

Berlin (TU): Prof. Dr.-Ing. Heinrich Jakob Lenzen, Direktor der Zweigstelle Bagdad des Deutschen Archäologischen Instituts, wurde mit Ablauf des WS 1963/64 von seinen Verpflichtungen als Honorarprofessor entbunden.

München: Prof. Dr. phil. Dr. rer. nat. h. c. Bruno Huber (Anatomie, Physiologie und Pathologie der Pflanzen) wurde mit Ablauf des Monats September auf seinen Antrag von seinen amtlichen Verpflichtungen entbunden. — Prof. Dr. Hugo Grau (Tieranatomie) und Prof. Dr. rer. nat. Robert Klement (Anorganische und Analytische Chemie) wurden von ihren amtlichen Verpflichtungen entbunden.

ABGELEHNTE BERUFUNGEN

Berlin (FU): Prof. Dr. jur. Götz Hueck (Bürgerliches Recht, Arbeits- und Wirtschaftsrecht) hat den Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Bürgerliches Recht an die Universität Kiel abgelehnt. — Prof. Dr. med. Alfred N. Witt (Orthopädie) hat den Ruf an die Universität Köln abgelehnt.

Erlangen-Nürnberg: Prof. Dr. phil. Werner Traxel (Psychologie) hat den Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl seines Faches an der Universität Marburg abgelehnt. — Prof. Dr. phil. Albert Junker (Romanische Philologie) hat den an ihn ergangenen Ruf auf das Ordinariat seines Faches an der Universität Würzburg abgelehnt.

Frankfurt: Prof. Dr. phil. Rudolf Sellheim (Orientalistik) hat den Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Semiotik an der Universität Marburg abgelehnt.

Gießen: Prof. Dr. phil. Herbert Ludat (Osteuropäische Geschichte und Allgemeine Wirtschaftsgeschichte) hat den Ruf auf den Lehrstuhl für Osteuropäische Geschichte an der Universität Wien abgelehnt.

Göttingen: Prof. Dr. rer. pol. Wolfgang Lücke (Betriebswirtschaftslehre) hat den Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl seines Faches an der Universität Bonn abgelehnt.

Kiel: Prof. Dr. phil. Hans Hinterhäuser (Romanische Philologie) hat den an ihn ergangenen Ruf nach Innsbruck abgelehnt.

Mainz: Prof. Dr. phil. Hans Ulrich Instinsky (Alte Geschichte) hat den Ruf auf ein Ordinariat seines Faches an der Universität Bochum abgelehnt.

Mannheim: Prof. Dr. rer. pol. Heinz König (Volkswirtschaftslehre) hat den Ruf auf ein Ordinariat der Universität Bochum abgelehnt.

Marburg: Prof. Dr. theol. Ernst Würthwein (Altes Testament) hat den Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl seines Faches an der Universität Kiel abgelehnt.

Münster: Prof. Dr. med. Gerd Meyer-Schwicke-rath (Augenheilkunde) hat den Ruf auf das Ordinariat seines Faches an der Universität Würzburg abgelehnt.

Saarbrücken: Prof. André Banuls (Neue Deutsche Literaturwissenschaft) hat den Ruf auf den Lehrstuhl für Germanistik an der Universität Lille abgelehnt. — Prof. Dr. rer. pol. Günter Wöhe (Betriebswirtschaftslehre, insbesondere betriebswirtschaftliche Steuerlehre) hat den Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl seines Faches an der Universität Frankfurt abgelehnt. — Prof. Dr. phil. Ernst Boesch, Direktor des Psychologischen Instituts, hat den Ruf an die Wirtschaftshochschule Mannheim abgelehnt. — Prof. Dr. rer. pol. Herbert Giersch, Direktor des Instituts für europäische Wirtschaftspolitik, hat den an ihn ergangenen Ruf an die Universität Münster abgelehnt.

Stuttgart-Hohenheim: Privatdozent Dr. agr. Heinrich Carl Weltzien (Pflanzenpathologie und Pflanzenschutz) hat den Ruf auf den Lehrstuhl für Phytopathologie an der Universität Kiel abgelehnt.

Tübingen: Prof. Dr. Friedrich Lenz (Theoretische Elektronenphysik) hat den Ruf an die University of Arizona in Tucson abgelehnt.

NEUE INSTITUTSDIREKTOREN

Bonn: Prof. Dr. Erwin Bodenstedt (Kern- und Neutronenphysik) wurde zum Direktor des Instituts für Strahlen- und Kernphysik ernannt. — Prof. Dr. rer. nat. Gerhard Knop (Experimentalphysik) wurde zum weiteren Direktor des Physikalischen Instituts ernannt.

Darmstadt: Zu Direktoren des neuen Gesamtinstituts für Mechanik wurden ernannt: Prof. Dr.-Ing. Karl Marguerre (Technische Mechanik), Dr.-Ing. Karl Klotter (Angewandte Mechanik und Technische Schwingungslehre), Dr. rer. nat. Ernst Becker (Technische Mechanik) und Dr. rer. nat. Walter Schnell (Technische Mechanik).

Hannover (TiHo): Prof. Dr. med. vet. Kurt Kaemmerer (Pharmakologie) wurde zum Direktor des Instituts für Pharmakologie, Toxikologie und Pharmazie ernannt.

GASTPROFESSUREN

Frankfurt: Prof. Dr. phil. George Hendrick (Amerikanistik) übernimmt vom September 1964 bis Juni 1965 eine Gastprofessur an der University of Illinois/Chicago.

Göttingen: Prof. Dr. phil. Hermann Wein (Philosophie) hat die ihm angebotene Gastprofessur für Philosophie an der Queen's University in Kingston/Kanada vom September 1964 bis April 1965 angenommen.

Aus Wissenschaft und Kultur hören Sie:

- 24. 9.**
Forscher zu Gast. Archäologische Forschungen in der Tschechoslowakei. Univ.-Prof. Dr. Gerhard Franz/Graz spricht mit Univ.-Doz. Dr. Josef Poulik/Brünn. (Österr. Rdf. II, 17.15)
Bildungsfragen der Gegenwart. Akademische Freiheit — akademische Freiheiten. Man.: Klaus Herrmann. (Hess. Rdf. II, 17.30)
Wohin führt die Wissenschaft? Ein Gespräch mit Prof. Dr. Adolf Butenandt/München. (SDR/UKW II, 21.00)
Aus Wissenschaft und Technik. Die wöchentliche Umschau. (SDR/UKW II, 21.45)
Zeitfunk aus Forschung und Technik. (SWF/UKW II, 17.45)
Studentenfunk. Quartier Latin — Mythos und Wirklichkeit. (Hess. Rdf. II, 21.50)
Internationale Rundfunk-Universität. 1) Sport und Gesellschaft — Triebkräfte des Sports — Von Prof. Dr. Helmuth Plessner/Göttingen. 2) Der zeitgenössische Roman: Japan — Bedeutende Autoren der Nachkriegszeit — Von Prof. Mitsuo Nakamura/Meiji. 3) Die alten Kulturen und die westliche Zivilisation — Mexiko — Von Prof. Pablo Casanova. (Hess. Rdf. II, 22.00)
- 25. 9.**
Die Internationale Radiouniversität. Die Welt der Ameisen. Univ.-Prof. Dr. Albert Raignier/Löwen: Bauten und Wegesystem. (Österr. Rdf. II, 14.35)
- 26. 9.**
Aktuelle Naturwissenschaft. Aus Forschung und Technik. Berichte von A. F. Marfeld. (SFB II, 11.15)
Hochschule heute. Themen und Perspektiven. Von Frank Pauli. (SFB II, 11.30)
Kulturpolitischer Kommentar. Von Prof. Dr. Hans Wenke/Hamburg. (NDR II, 21.05)
- 27. 9.**
Lebendige Wissenschaft. Prof. Dr. Hans Paul Bahrdt/Göttingen: Die wohnliche Stadt. (SDR, 10.00)
Die Aula, die Stunde der Universitäten. Prof. Fritz Joachim von Rintelen: Das Tragische und Heldische in der griechischen Geisteshaltung (I). (SWF, 10.30)
- 28. 9.**
Die Internationale Radiouniversität. Die Welt der Ameisen. Univ.-Prof. Dr. Albert Raignier/Löwen: Das Signalsystem. (Österr. Rdf. II, 14.35)
Radio-Kolleg. Die außerchristlichen Weltreligionen. Der Islam (II). Vortrag von R. Paret. (Deutschlandfunk, 17.30)
Aus Wissenschaft und Technik. Bausteine der Materie — Partikel und Antipartikel. Von Prof. György Marx/Budapest. (NDR II, 19.35)
- 29. 9.**
Ein Leben für die Wissenschaft: Hans Lieb. Mit dem Professor für angewandte medizinische Chemie spricht Dr. Karl Logar. (Österr. Rdf. I/Graz, 14.25)
Collegium Musicum. Musik und Musikforschung in Universitätsstädten. 9. Tübingen. Man.: A. Feil u. U. Siegele. (Deutschlandfunk, 15.15)
Der Essay in unserer Zeit. Man.: Prof. Franz Taucher. (Österr. Rdf. II, 16.00)
Internationale Rundfunk-Universität. Die Welt der Ameisen. Ihr Orientierungsvermögen. Von Prof. Dr. Albert Raignier/Löwen. (Hess. Rdf. II, 17.45)
Die Vorlesung. Prof. Walter Heitler/Zürich: Der Mensch ist kein Uhrwerk. Vom Wandel naturwissenschaftlicher Anschauungen. (Hess. Rdf. II, 21.30)
Deutsche Forschungsinstitute und Museen. 5. Schiller-Nationalmuseum zu Marbach. (Saarl. Rdf. II, 22.15)
- 30. 9.**
Aus der Forschungsarbeit unserer Hochschulen. Bauphysik — ein neues Fach. Prof. Dr. Friedrich Bruckmayer: Wärme- und Feuchtigkeitsschutztechnik. (Österr. Rdf. II, 17.15)
Aus Wissenschaft und Forschung. (Deutschlandfunk, 17.30)
Hochschulnachrichten. (Saarl. Rdf. II, 17.55)
Wissenschaft und Öffentlichkeit. Prof. Adolf Butenandt: Probleme der Wissenschaftspolitik. (Bayer. Rdf. Studienprog. (Fernsehen), 20.15)
Kleine Schule des philosophischen Denkens. Prof. Karl Jaspers: Geschichte und Gegenwart. (Bayer. Rdf. Studienprog. Fernsehen, 20.15)
- 1. 10.**
Aus Wissenschaft und Forschung. (Deutschlandfunk, 10.10)
Aus Wissenschaft und Technik. Die wöchentliche Umschau. (SDR/UKW II, 21.35)
Studentenfunk. Hochschulnotizen. (Hess. Rdf. II, 21.50)
Internationale Rundfunk-Universität. 1) Sport und Gesellschaft — Wirkungen des Sports — Von Prof. Dr. Helmuth Plessner/Göttingen. 2) So schnell wie das Licht — Forschungsaufgaben der Radioastronomie — Von Prof. Martin Tyle/Cambridge. 3) Die Polarographie — Ursprung und Entwicklung — Von Dr. Jaroslav Heyrovsky/Prag. (Hess. Rdf. II, 22.00)
Aus dem Hochschulleben. Kommentare und Berichte. (SDR/UKW II, 22.40)
- 2. 10.**
Die Internationale Radiouniversität. Die Welt der Ameisen. Univ.-Prof. Dr. Albert Raignier/Löwen: Ihr Orientierungsvermögen. (Österr. Rdf. II, 14.35)
Aus Naturwissenschaft und Technik. (WDR, 17.20)
- 3. 10.**
Aktuelle Naturwissenschaft. Aus Forschung und Technik in England und Übersee. (SFB II, 11.15)
Europäisches Gespräch. Der Chemiker in unserer Welt. Mit Prof. Dr. Schwab/München, Prof. Dr. Klemm/Münster, Prof. Dr. Sabo/Seget, Prof. Dr. Bernhard/Paris. (Saarl. Rdf., 19.10)
- 4. 10.**
Lebendige Wissenschaft. Prof. Dr. Arthur Jores/Hamburg: Unsere Zeit und ihre Krankheiten. (SDR, 10.00)
Die Aula, die Stunde der Universitäten. Prof. Fritz Joachim von Rintelen: Das Tragische und Heldische in der griechischen Geisteshaltung (II), (SWF, 10.30)
- 6. 10.**
Forum der Wissenschaft. Der 5. Internationale Hegel-Kongreß und das 3. Forschungsgespräch: Versuch zu einer Philosophie der Geschichte. Von Dr. Oskar Schatz. (Radio Bremen II, 21.35)
Deutsche Universitäten. VII. Frankfurt. (Saarl. Rdf. II, 22.15)
- 7. 10.**
Forschung und Theater. Essay von Univ.-Prof. Heinz Kindermann. (Österr. Rdf. II, 14.35)
Aus Wissenschaft und Forschung. (Deutschlandfunk, 17.30)
Wissenschaft und Öffentlichkeit. Prof. Adolf Butenandt: Formen der Wissenschaftsforschung in der Bundesrepublik. (Bayer. Rdf. Studienprog. Fernsehen, 20.15)
Hochschulnachrichten. (Saarl. Rdf. II, 17.55)
Der menschliche Körper. Prof. Hans Schaefer: Das Blut als Funktionsträger. (Bayer. Rdf. Studienprog. Fernsehen, 20.55)
- 8. 10.**
Aus Wissenschaft und Forschung. (Deutschlandfunk, 10.10)
Wissenschaft und Abenteuer. 1) Anmerkungen zu Marcel Brion: Die frühen Kulturen der Welt — und Pierre Montet: Das alte Ägypten. 2) Hinweis auf U. R. Ehrenfels: Im lichten Kontinent. Von R. Kabel u. C. Vogelsang. (Saarl. Rdf. II, 16.40)

Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt: Dr. Josef Raabe (Redaktion: Friedensplatz 10/III) — Verlag: Hochschul-Dienst, Dr. Josef Raabe oHG, Bonn, Hochstadtenring 15 / Postfach 323, Tel.: 3 75 95, Postscheck: Köln 1574 38, Bank: Stadt. Sparkasse Bonn 64 70. — Der Hochschul-Dienst erscheint in der Regel am 8. und 23. eines jeden Monats, mit Ausnahme der Ausgaben vom 23. August und 8. September, die wegen der Sommerferien mit der vorhergehenden bzw. nachfolgenden zusammengelegt werden. Redaktionsschluß jeweils am 2. resp. 17. des betreffenden Monats. Verlag und Schriftleitung behalten sich vor, Redaktionsschluß- und Erscheinungstermine aus zwingenden Gründen zu verschieben. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers und der Redaktion dar. — Abdruck nur mit vorheriger Genehmigung gestattet. — Die Ausgaben in Englisch, Französisch und Spanisch, die in Verbindung mit dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft herausgegeben werden, erscheinen monatlich. — Bezugsgebühr der deutschen Ausgaben 9,60 DM im Quartal einschließlich Porto. — Druck: Buch- u. Zeitungsdruckerel H. Köllen, Bonn.

Referat f. Hochschulfragen

ASTA d. T.H.